Nr. 17. Drittes Morgenblatt. Achtundfünfzigster Jahrgang. Samstag, 17. Januar 1914.

Abonnementspreis: Ein Vierteljahr in Frankfurt und Mainz b. d. Exped. ℳ 3.50, bei den Agent. ℳ 3.75, b. d. Postämtern in Deutschland (u. Schutzgeb.) ℳ 3.— Angoulême Millim. 753, Belgien Fr. 21.32, Bulgarien Fr. 30.65, Dänemark Kr. 18.75, Griechenland (u. d. Postämtern in Triest) Kr. 34.32, Italien Fr. 16.17, Luxemburg Fr. 17.05, Marokko (T. P.) Pes. 13.90, Norwegen Kr. 9.77, Oesterreich-Ungarn Währung (11) Kr. 15.50, Portugal Milr. 4.584, Rumänien Lei 19.—, Russland Rbl. 4.09, Schweden Kr. 9.75, Schweiz Fr. 15.13, Serbien Fr. 14.80, Türkei (10 P.) Piaster (Silber) 85¼, Ungarn Kr. 12.45. im Weltpostverein, in London Sing'n 179, Londonhall Str., Paris 51 Rue Vivienne, New York 20 Broad Str. ℳ 18.

Frankfurter Zeitung

und Handelsblatt.

(Frankfurter Handelszeitung.) (Neue Frankfurter Zeitung.)

Stadt-Telephon: Amt I 5940, 5941, 5942, 5943. Begründet von Leopold Sonnemann. Für Ausgabe: Amt I 29, 154, 2616, 4429.

Preis der Anzeigen: Colonelzeile 50 ₰, Abendbl. 75 ₰, Reklamen ℳ 1.—, Abendbl. ℳ 1.50, Familienanzeigen ℳ —, Platz- u. Datum-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Unsere Expedition, in Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/31, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Leipzig. Platz 3, Dresden-A.: Waisenhausstraße 25, München: Perusastr. 5, Offenbach: Bieberstr. 34, Stuttgart: Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agenturen u. d. Annonc.-Exped. Haasenstein & Vogler in London: E. C. 3, Cornhill Court, Paris: J. Patto, Rue Vivienne 54, New York: 20 Broad Street. Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei (Gesellschaft m. beschr. Haftung).

Die Regelung des österreichischen Auswanderungsverkehrs.

W Wien, 16. Jan., 5.20 N. (Priv.-Tel.) Ueber den Stand der hier zwischen der österreichischen Regierung und den norddeutschen Schiffahrtsgesellschaften geführten Verhandlungen geht uns der Vertreter des „Norddeutschen Lloyd", Direktor Freiherr von Plettenberg-Mehrum folgende Darstellung:

Vor drei Monaten begann die Hamburg-Amerika-Linie Verhandlungen mit dem österreichischen Handelsministerium, die sie jedoch Ende Oktober abbrach. Inzwischen hatte der „Norddeutsche Lloyd" seinerseits mit dem Handelsministerium Fühlung genommen und Verhandlungen eingeleitet, die von Anfang an sehr gründlich geführt wurden und vor allem den Wünschen des Handelsministeriums Rechnung zu tragen suchten. Diese Verhandlungen, welche eine Reihe von Wochen in Anspruch nahmen, und mit Zuziehung der Austro-Americana geführt wurden, haben im Laufe der vorigen Woche ihren Abschluß gefunden in einer dem Handelsministerium vom „Norddeutschen Lloyd" und der „Austro-Americana" überreichten Offerte, in welcher den Wünschen der Regierung bezüglich der Triester Fragen Rechnung getragen wurde und in der Unterzeichnung der Abkommen zur Regelung der wichtigsten Fragen der Neuordnung des Auswandererverkehrs. Diese Abmachungen dienten als Grundlage für die Verhandlungen, welche das Handelsministerium nachher mit den hier erschienenen Vertretern anderer am österreichischen Geschäft interessierten Schiffahrtsgesellschaften führte. Nach der am 11. Januar erfolgten Ankunft der Vertreter der „Hapag" in Wien wurden nun vom Handelsministerium Verhandlungen mit der „Hapag" geführt, wobei die mit dem Lloyd getroffenen Abkommen als Richtschnur dienten. Ein Beweis für die Gründlichkeit, mit der die von Sektionschef Riedl geleiteten Verhandlungen mit dem „Norddeutschen Lloyd" geführt worden waren, bietet die Tatsache, daß die „Hapag" binnen weniger Tage diese Grundlagen fast ohne jede Aenderung auch ihrerseits akzeptierte. Ob die Verhandlungen der „Hapag" mit dem Handelsministerium zu einem Abkommen über alle Punkte geführt haben, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Aus dem Umstand jedoch, daß mit der „Hapag" noch weitere Verhandlungen stattfinden, ist ersichtlich, daß noch gewisse Differenzen zu bereinigen sind. (Wie im letzten Abendblatt gemeldet, hat die „Hapag" heute eine Offerte überreicht. Anm. des Korr.). Die Nachricht verschiedener Wiener Blätter, als hätten die Schiffahrtsgesellschaften in Wien gemeinsame Konferenzen unter Vorsitz des Generaldirektor Gallin abgehalten, sind unrichtig. Demnach auch die daran geknüpfte Vermutung, daß allgemeine Postfragen zur Sprache gekommen wären. (Durch diese vom „Nordd. Lloyd" gegebene Darstellung des Verlaufs und des Ergebnisses der Wiener Verhandlungen werden die im gestrigen Zweiten Morgenblatt enthaltenen Mitteilungen des Herrn Gallin ergänzt. T. Red.).

Einzelheiten aus dem Abkommen.

W Wien, 16. Jan., 2 N. (Priv.-Tel.) Ueber das Ergebnis der Verhandlungen mit den deutschen Schiffahrtsgesellschaften, daß, was die Hamburg-Amerika-Linie betrifft, noch nicht in allen Punkten ein endgültiges zu sein scheint, kann ich folgendes mitteilen: Die deutschen Gesellschaften sind bereit, ihren Aktienbesitz und ihre Optionsrechte auf die Austro-Americana-Aktien an ein österreichisches Bankenkonsortium abzutreten unter der Bedingung, daß das Gesamtarrangement mit ihnen zustandekommt, wobei sie Wert darauf legen, daß der österreichische Charakter der Austro-Americana gesichert ist. Diese Sicherheit soll dadurch gewahrt werden, daß ein österreichisches Bankenkonsortium unter Führung des Wiener Bankvereins, dem auch die Firma Fratelli Cosulich mit ihren Austro-Americana-Aktien beitritt, die Aktien einzieht und sich auch nach Durchführung der zur Ausgestaltung des Unternehmens geplanten Kapitalserhöhung von Kr. 24 auf 36 bis 40 Mill. verpflichtet, einen solchen Teil der Aktien jeweils gesperrt zu halten, daß dadurch der österreichische Charakter gesichert ist, ohne daß gerade die absolute Majorität gesperrt bleiben muß. Ferner wird eine Reihe von Statutenänderungen durchgeführt, z. B. daß nur österreichische Staatsbürger der Verwaltung angehören dürfen. Die Regierung wird durch zwei Mitglieder im Aufsichtsrat und eines im Exekutivkomitee, falls ein solches gebildet wird, vertreten sein.

Nach Maßgabe der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Austro-Americana, die neue schnellfahrende Schiffe einstellen wird, ist eine Erhöhung der Triester Groto am nordamerikanischen Verkehr vorgesehen und, zum Teil durch Vorentschädigungen gewährleistet, wodurch der Anteil Triests, der derzeit im kontinentalen Auswanderungsverkehr 4 Prozent beträgt, wesentlich steigen wird. Bekanntlich haben die Regierungsvertreter im Budgetausschuß 10 Prozent für Groto als noch einer Reihe von Jahren zu erreichendes Ziel bezeichnet.

Das Uebereinkommen zwischen den Schiffahrtsgesellschaften ist ferner auf der Grundlage aufgebaut, daß die Austro-Americana das Recht erhält, auch für andere Schiffahrtsgesellschaften Auswanderer in ihren Niederlassungen zu buchen, so daß sie eine Art Buchungszentrale darstellen wird. Die Regierung behält sich vor, Zahl und Ort dieser Niederlassungen zu genehmigen, ferner auch die Schiffahrtsgesellschaften, für die das Buchungsrecht eingeräumt wird. Die eigenen Niederlassungen der auswärtigen Schiffahrtsgesellschaften in den Landeshauptstädten bleiben aufrecht, so daß von einem Buchungsmonopol der Austro-Americana nicht die Rede ist. Auch ist der Beitritt anderer Schiffahrtsgesellschaften zu dem Konzern, dessen Grundlage die gemeinsame Offerte der Austro-Americana und des Norddeutschen Lloyd bildet, in Aussicht genommen. Sowohl die Austro-Americana als auch die Niederlassungen ausländischer Gesellschaften unterwerfen sich einem Regulativ, das die Vorschriften des Auswanderergesetzentwurfes rücksichtlich der Beförderung von Zwischendeckpassagieren antizipiert und außerdem jene Bestimmungen enthält, die der Canadian bei ihrer Zulassung vorgeschrieben wurden. Damit sind Vorkehrungen verbunden, die der Regierung die wirksame Kontrolle des Auswanderergeschäftes ermöglichen. Die Voraussetzung der Aufrechterhaltung bezw. Zulassung von Niederlassungen ausländischer Schiffahrtsgesellschaften ist, daß sie sich nicht nur in ihren inländischen Betriebsstätten, sondern auch in ihrem ausländischen Geschäftsbetrieb den Vorschriften unterwerfen, insbesondere die Hafenkontrolle durch Vertreter der heimischen Behörden zulassen.

Die Regierung scheint also zu beabsichtigen, den Inhalt des Regulativs, soweit gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind oder noch getroffen werden, für alle Unternehmungen, die österreichische Auswanderer befördern wollen, obligatorisch zu machen, mag die Beförderung über in- oder ausländische Häfen erfolgen. Infolgedessen ist auch eine Voraussetzung für das Zustandekommen des ganzen Planes, daß diese Bestimmungen ergänzt werden, was insbesondere durch Annahme der in der Verhandlung des Budgetausschusses stehenden sogenannten Lex Friedmann geschehen würde, denn die deutschen Gesellschaften wollen natürlich nur dann die weitgehenden Verpflichtungen eingehen, wenn das reelle Geschäft gesichert, die Auswüchse, insbesondere das Unwesen der geheimen Agenten und Propaganda, unterdrückt werden.

Was die Beförderung Wehrpflichtiger betrifft, so wären die Niederlassungen im Auslande den jeweils geltenden Vorschriften der Militärverwaltung und des Ministeriums des Innern unterworfen. In den ausländischen Betriebsstätten würden die deutschen Gesellschaften keine weitergehenden Verpflichtungen übernehmen, als sie bezüglich der Beförderung reichsdeutscher Wehrpflichtiger bestehen. Auch die Canadian, deren Generalrepräsentant heute hier eingetroffen ist, scheint grundsätzlich bereit, den Vereinbarungen beizutreten, vorausgesetzt, daß die zwischen ihr und den österreichischen Behörden schwebenden Fragen bereinigt werden.

W Wien, 16. Jan., 10.20 N. (Priv.-Tel.) Generaldirektor Gallin ist zu einer Besprechung mit der ungarischen Regierung nach Budapest abgereist.

Die Parlamentskrise in Oesterreich.

≡ **Wien,** 16. Jan., 9.30 N. (Priv.-Tel.) Die Deutschnationalen und die Christlichsozialen werden morgen im Abgeordnetenhause folgenden Antrag einbringen: Die Beschlüsse der Konferenz werden mit folgendem Zusatz genehmigt: „Die bisherige Steuerskala für die Einkommen zwischen 1600 bis 10 000 Kronen bleibt, den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses entsprechend, für 1914 aufrecht. Wenn in den kommenden Jahren das Gesamterträgnis der Personalsteuer 120 Millionen erreicht, soll es auch weiter so bleiben. In jenen Jahren, in denen 120 Millionen nicht erreicht werden sollten, werden die Beschlüsse der Konferenz in Kraft treten. Da voraussichtlich das Gesamterträgnis der Personalsteuer immer 120 Millionen erreichen dürfte, bleibt damit die bisherige Skala für Einkommen unter 10 000 Kronen bis auf weiteres in Kraft." — Für diesen Antrag dürfte sich im Abgeordnetenhaus eine Majorität finden, aber die Haltung des Herrenhauses bleibt abzuwarten.

In einer Wählerversammlung erklärte der bekannte christlichsoziale Führer Wielohlawek unter heftigen Angriffen auf das Herrenhaus, daß infolge der Steuererhöhung schon bei 1800 Kronen ca. 20 000 Wähler neu in den dritten Wahlkörper des Wiener Gemeinderats kommen würden, die zu drei Vierteln der Sozialdemokratie angehören. Ein Herrenhausmitglied habe nach der erfolgten Einigung in der gemeinsamen Konferenz zu einem Minister gesagt: „Damit ist die christlich-soziale Partei in die Luft gesprengt." Sollten diese Beschlüsse durchdringen, so werde der wiederösterreichische Landtag die Wahlreform für Land und Gemeinden der neuen Steuer anpassen.

Gegen die englischen Flottenrüstungen.

Ein London, 16. Jan., 8.20 N. (Priv.-Tel.) In der City fand heute Nachmittag unter dem Vorsitz des Herrn Hirst, des Herausgebers der Wochenschrift „Economist", eine Protestkundgebung gegen die Vermehrung der Flottenrüstungen statt. Die Versammlung war zahlreich besucht, aber die Londoner City ist ein chauvinistischer Boden und es hatten sich eine Anzahl lärmender Patrioten vor der Fondsbörse eingefunden, die die Redner unterbrachen. Trotzdem wurden die Resolutionen gegen unbegrenzte Dreadnoughtbauten — ein Redner erwähnte das kaum glaubliche Gerücht, daß Churchill neun neue Schiffe haben wolle — mit großer Majorität angenommen. Außer dem Vorsitzenden sprachen hervorragende Männer der Industrie, darunter Herr Thomas, der Präsident des Kohlenkartells von Wales, und Sir John Brunner für die Resolutionen.

Die schwedische Thronrede.

Stockholm, 16. Jan. (W. B.) Der Reichstag ist durch den König feierlich eröffnet worden. Die Thronrede erwähnt in erster Linie den Tod der Königin-Mutter, deren Pflichttreue und Arbeit im Dienste der leidenden Menschheit hervorgehoben wird. Dann bezeichnet die Thronrede die Beziehungen Schwedens zu den fremden Mächten als fortdauernd freundschaftlich. Ferner wird mitgeteilt, die Regierung beabsichtige die Einbringung wichtiger Vorlagen zur Verbesserung der Landesverteidigung. In Verbindung damit wird eine besondere Wehrsteuer auf größere Vermögen und größere Einkommen geplant. Unter den humanitären und sozialen Gesetzentwürfen bildet die Rede die durchgreifende Veränderung in den Rechtsbestimmungen über den Verkauf geistiger Getränke sowie die Maßnahmen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit und die neue Vorlage zur Bekämpfung der Tuberkulose hervor. Die Staatseinnahmen seien fortgesetzt gut. Es soll eine Anleihe von 33½ Millionen Kronen abgeschlossen, aber ausschließlich für die Förderung produktiver Zwecke verwandt werden. Der Budgetentwurf für 1915 balanciert mit 311 461 200 Kronen. Für das Heer werden 54 216 800, für die Marine 17 942 800 Kronen gefordert. Für die Erbauung einer neuen schwedischen Kirche in Berlin sind 65 000 Kronen im Etat vorgesehen.

Von der Balkanhalbinsel.

Die Wahlbewegung in Bulgarien.

Sofia, 16. Jan., 10 N. (Priv.-Tel.) Die Wahlbewegung verspricht ziemlich lebhaft zu werden. Die Parteien beginnen bereits die Wählerschaft mit Manifesten zu bearbeiten. Als erste treten die liberalen Regierungsparteien auf den Plan. Ihr Manifest führt eine sehr gemäßigte Sprache und erklärt, daß die Kammer, die die bestehende Regierung unterstützen wollte, für die Auflösung reif war. Das Manifest macht sich als Wahlprogramm die letzten Erklärungen Radoslawows in der Sobranje zu eigen und sagt, daß allein der Friede im Innern und an den Grenzen Bulgariens dessen Wunden heilen könnte.

Der Streik in Südafrika.

Kapstadt, 16. Jan. (W. B.) Obwohl die Berichte aus den verschiedenen Zentren ein allmähliches Zurückkehren zur Arbeit melden, dauert das Kriegsrecht fort. Die Regierung beabsichtigt es aufrecht zu erhalten, bis normale Zustände zurückgekehrt sind. Aus Durban, Braamfontein, Pretoria und anderseits werden weitere Verhaftungen von Arbeiterführern gemeldet.

Der Krupp-Prozeß vor dem Oberkriegsgericht.

N Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit gibt der Verhandlungsführer, Geh. Oberkriegsgerichtsrat Glaseenapp ein Referat über die vom Gerichtsherrn und den Angeklagten eingelegte Berufung. Der Gerichtsherr hat das Urteil gegen Hoge und Troeste nicht angefochten, dagegen zum Nachteil der Angeklagten das Urteil gegen Tillan, Hinz, Schmidt und Pfeifer. Der Gerichtsherr rügt, daß das Urteil zu Unrecht nicht die Möglichkeit annehme, daß auf Grund der Kornwalzer die Preise von Lieferungen zum Schaden des Reiches erhöht worden sind. Nach dem anfänglichen Geständnis Brandts müsse ferner angenommen werden, daß Tillan von 1906 an bis zu seinem Fortgang Kornwalzer geliefert habe. Wenn auch einzelne Kornwalzer keinen landesverräterischen Inhalt aufwiesen, so müsse aus dem Gesamtinhalt gefolgert werden, daß im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhaltende Dinge mitgeteilt worden seien. Nach dem Gutachten des Hauptmanns Geusemann wäre ein ausländischer Generalstabsoffizier sehr wohl in der Lage gewesen, sich ein Bild zu machen aus den Mitteilungen über die Materialieferungen, welches Artilleriematerial die deutsche Armee hinzugewinne. Beim Angeklagten Pfeiffer wird gerügt, daß eine weit größere Anzahl von Kornwalzern in Betracht käme, als die Verteidigung angenommen habe. Pfeiffer sei die einzige unterirdische Bezugsquelle aus dem Kriegsministerium für Brandt gewesen. Eine Anzahl von Kornwalzern stamme nur aus dem Kriegsministerium stammen. Brandt habe selbst erklärt, daß Pfeiffer sein einziger Lieferant aus dem Kriegsministerium für diese Kornwalzer sei. Dann rügte der Gerichtsherr, daß die Angeklagten von der Verurteilung eine zu niedrige Strafe erhalten haben, und daß das Gericht die von Brandt gemachten Zuwendungen zu niedrig angesetzt habe. Die Angeklagten haben bis auf Drese Berufung eingelegt. Diese Berufung wendet sich hauptsächlich gegen die Annahme, daß sie sich mit den Mitteilungen an Brandt einer Preisgabe militärischer Geheimnisse im erschwerenden Sinne von § 93 des Militärstrafgesetzbuches schuldig gemacht haben. Die Angeklagten glauben damit auf eine mildere Strafe rechnen zu können. Sie geben zu, daß sie sich des Ungehorsams im Sinne von § 79 schuldig gemacht haben, also des einfachen Ungehorsams, nicht aber des erschwerenden im Sinne von § 93. Tillan ist der Meinung, daß er allenfalls von dem Delikt freigesprochen werden müsse, da seine Handlungen fünf Jahre zurückliegen. Pfeiffer hat in vollem Umfange das Urteil der Vorinstanz angefochten und beantragt seine Freisprechung. Dann wurde in die Vernehmung der einzelnen Angeklagten eingetreten, die im wesentlichen wieder dieselben Aussagen wie im ersten Prozeß ergaben. Die Angeklagten bestreiten, das Bewußtsein gehabt zu haben, sich einer strafbaren Handlung schuldig zu machen.

Die Vereinfachung der badischen Staatsverwaltung.

N Karlsruhe, 15. Jan. Der Zweiten Kammer des Landtags ist heute die auf dem letzten Landtag nicht zur Erledigung gekommene umfangreiche Denkschrift über die Vereinfachung der Staatsverwaltung wiederum zugegangen. In einem Nachtragsheft wird eine Reihe von Maßnahmen gefordert, die seit der Drucklegung der Denkschrift getroffen wurden und von denen man eine Vereinfachung der Verwaltung erhofft.

Aus dem Bereich der Justiz wird u. a. mitgeteilt, daß vom 1. Januar 1914 ab alle die Justizverwaltung berührenden Geschäfte des Verwaltungshofes auf Justizbehörden übergegangen sind mit Ausnahme der Aufsicht über das Hinterlegungswesen, der Entscheidungen aus Ansprüchen Gefangener aus Unfällen während der Gefängnishaft und Untersuchung. Die Befugnisse der Bezirksbehörden werden erweitert. Mit der Uebertragung der Arbeiten oberer Beamter, die von mittleren Beamten erledigt werden können und von Arbeiten mittlerer Beamten an untere Beamte ist fortgeführt worden. Die Verwendung von Schreibmaschinen zur Protokollaufnahme hat sich bewährt. Auf Einschränkung und Vereinfachung der Führung der Listen und Bücher wurde fortgesetzt Bedacht genommen. Aus dem Gebiete des Ministeriums des Kultus und Unterrichts wird erwähnt, daß die Zuständigkeit der Kreisschulämter durch die (in der „Frankfurter Zeitung" besprochene) Verordnung eine Erweiterung erfahren hat. Die Verträge mit den Städten Heidelberg und Freiburg wegen Beteiligung an den Kosten der Klinik-Neubauten sind inzwischen verbeschlidet der Genehmigung der Landstände abgeschlossen worden. Aus dem Ressort des Ministeriums des Innern wird auf die mehrfach an dieser Stelle erwähnte Ueberweisung verschiedener Zweige der Landwirtschaftspflege an die Landwirtschaftskammer hingewiesen. Die dem Verwaltungshof zugewiesenen Geschäfte, die Justizangelegenheiten betreffen, sind vom Ministerium der Justiz übernommen worden. Erwähnt wird ferner die Bildung einer Abteilung für Wasserkraft und Elektrizität bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. (Die Aufgaben dieser Abteilung sind früher von uns genannt worden. T. R.) Die Verminderung des Personals des Verwaltungshofes konnte weiter durchgeführt werden. Die Minderaufwendung von jährlich 81 000 Mark würde daher für die Zukunft mit 104 000 Mark einzustellen sein. Zu den besonderen Bureaus in der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues tritt das Wasserrechtsbureau und zu den Bezirksbehörden die Bauinspektion für das Murgwerk.

Beim Ministerium der Finanzen ist u. a. die Aufhebung einer Beamtenwitwenkasse durchgeführt worden. Verschiedene Vereinfachungen wurden auf dem Gebiete der Zoll- und Steuerverwaltung vorgenommen. Günstige Ergebnisse hat der Versuch mit Registrierkassen gezeitigt. In den neuen Ausführungsbestimmungen zum Tabaksteuergesetz sind die Zolldirektivbehörden ermächtigt worden, bei der Verwiegung von Tabak die mündliche Anmeldung zuzulassen. Bisher mußte ein vierseitiger Vordruck ausgefüllt werden. Nachdem die Zuwachssteuer den Charakter einer Landesabgabe erhalten hat, ist eine mit unseren Verkehrsanschauungen mehr übereinstimmende Auslegung des Begriffs „Grundstück" angeordnet und außerdem bestimmt worden, daß Grundstücksveräußerungen mit einem Veräußerungspreis von 2000 Mark und weniger steuerfrei bleiben. Durch die neue Eisenbahngroßordnung ist der Eisenbahnverwaltung eine Reihe von Befugnissen übertragen worden, die früher der Zollverwaltung zustanden.

Ueber die Neuordnung der Eisenbahnverwaltung, die am 1. Januar und 1. April durchgeführt wird, ist in der „Frankfurter Zeitung" bereits gesprochen worden.

Kaufmännische Buchführung in den staatlichen Betrieben.

W München, 15. Jan. Je mehr Staat und Gemeinde dazu übergegangen sind, gewerbliche Unternehmungen zu betreiben, umso mehr ist bei der Aufstellung und Beratung der Etats die Anwendung kaufmännischer Buchführungsmethoden für die öffentlichen Betriebe in den Bereich der Erörterungen gezogen worden. In den Verhandlungen der Kammer des bayerischen Landtages kam diese Frage besonders bei den Beratungen über die Etats der staatlichen Gewerbebetriebe wiederholt zur Erörterung. Dabei wurde im Laufe der Verhandlungen der Wunsch immer lebhafter geäußert, die Staatsunternehmungen nach kaufmännischen Grundsätzen zu betreiben und kaufmännische Bilanzen nebst Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Den verschiedenen, besonders in den letzten Jahren, in dieser Richtung hervorgetretenen Anregungen und Anträgen begegnete der gegenwärtige Finanzminister v. Breunig allerdings wiederholt mit lebhaften Bedenken. Er erklärte bei mehreren Gelegenheiten, er könne nicht so weit gehen, in den Wirtschaftsbetrieben des Staates die kameralistische Buchführung vollständig auszuschalten und ausschließlich kaufmännische Buchführung an ihre Stelle zu setzen. Er bezweifle aber nicht, daß insbesondere die Etats der Wirtschaftsbetriebe des Staates in dem Sinne umgestaltet werden könnten, daß sie der kaufmännischen Buchführung näher kämen. Es könnte bei der kaufmännischen Buchführung die Rechnungsprüfung nicht in der peinlich genauen Weise geübt werden, wie bei einer nach kaufmännischen Grundsätzen weiterentwickelten kameralistischen Buchführung, die sofort ersehen lasse, ob die Etats eingehalten und die einzelnen Einnahmen und Ausgaben auf die betreffende Etatsposition richtig verrechnet seien. Aber gerade das sei für das Kontrollrecht des Staates von besonderer Wichtigkeit. Mit dieser Anschauung stehe er übrigens in Deutschland keineswegs allein. Es gebe keinen Staat, der in seinen Betrieben die kaufmännische Buchführung ausschließlich eingeführt habe. Auch in Preußen, wo die Frage sehr eingehend erörtert worden sei und wo an der Spitze der Verwaltung zeitweise Männer gestanden hätten, die vorher längere Jahre in privaten kaufmännischen Unternehmungen tätig waren, habe man sich grundsätzlich für die Beibehaltung der kameralistischen Buchführung entschlossen. Man erblickt dort das Ziel in ihrer weiteren Ausgestaltung nach kaufmännischen Gesichtspunkten.

Als schließlich im Jahre 1912 ein Gesamtbeschluß beider Kammern des Landtags zustande kam, der die Vorlage von nach kaufmännischen Gesichtspunkten aufgestellten Bilanzen neben kameralistisch aufgestellten Etats verlangte, versprach der Finanzminister die Frage einer gründlichen Prüfung unterziehen zu wollen. Die bayerische Regierung hat nun soeben einen sehr umfangreichen und mit Belegmaterial an Bilanzen und Gutachten reichhaltig ausgestatteten Denkschrift erscheinen lassen, in der sie das genannte Problem nach der historischen und praktischen Seite hin eingehend behandelt. Die Denkschrift kommt zu dem Resultat, daß die kameralistische Buchführung, besonders im Rahmen der allgemeinen Staatsverwaltung große Vorzüge aufzuweisen habe. Für einen übergroßen Teil des staatlichen Buchführungs- und Rechnungswesens sei das kaufmännische Kontensystem völlig entbehrlich. Das kameralistische System mit seinen Einnahme- und Ausgabe-Positionen und seiner ständigen Abgleichung von Soll- und wirklichen Einnahmen, Etats und wirklichen Ausgaben, sei unentbehrlich. Dieses System würde daher dem gesamten staatlichen Rechnungswesen sein Gepräge aufdrücken müssen. Man werde aber auch nicht ohne Not für einzelne Teile des Staatshaushalts ein anderes System wählen, das sich nicht ohne weiteres in das Ganze einfügen und eingliedern lasse. Unmöglich wäre es freilich nicht für einzelne Vermögensobjekte und Erwerbsquellen, zum System der doppelten Buchführung überzugehen, wie das Beispiel des Etats der kgl. Bank und des kgl. Hofbräuhauses zeigt, bei denen es bereits zur Einführung gelangt ist und sich bewährt hat. Das allgemeine Staatsrechnungswesen beruhe ja auch in allen großen europäischen Staaten ausschließlich auf dem System der kameralistischen Buchführung. Dieses sei bei entsprechender Weiterbildung und Ausgestaltung wohl geeignet, auch die sonst nur der kaufmännischen doppelten Buchführung allein zugeschriebenen Vorteile zu bieten, nämlich eine genaue Nachweisung der Höhe des Geschäftsvermögens in seinen wichtigsten Bestandteilen, sowie der Höhe des erzielten Gewinnes im ganzen und nach seinen einzelnen Hauptquellen und eine zuverlässige Berechnung der sämtlichen Kosten. Die kameralistische Buchführung sei insbesondere auch dazu geeignet, die Grundlage für eine richtige kaufmännische Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung zu bilden, die in ihrem Aufbau und in ihrer Gliederung durchaus der auf der Grundlage einer kaufmännischen doppelten Buchführung entstandenen Bilanz gleichkommt.

Auch für die werbenden Betriebe des Staates werde die kameralistische Buchführung, wenigstens die Hauptbuchführung, bleiben müssen, da ihr auf dem Gebiete des Etats- und Budgetrechts Funktionen zukämen, die tief in die verfassungsmäßigen Rechte der Regierung und der Volksvertretung eingriffen.

Die christlichen Gewerkschaften.

m Köln, 16. Jan. (Priv.-Tel.) In einer heute abend in der Bürgergesellschaft vom Gewerkschaftskartell der christlichen Gewerkschaften einberufenen öffentlichen Versammlung sprach der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Stegerwald über die letzten Vorgänge innerhalb der christlichen Gewerkschaften, wobei er besonders auf den Kölner Gewerkschaftsprozeß und seine Begleiterscheinungen zurückkam, der, durch die Quertreiberpresse verschuldet, zwei Gruppen eine entscheidende Niederlage gebracht habe, nämlich einigen führenden Quertreiberblättern im katholischen Lager und den beklagten sozialdemokratischen Blättern. Stegerwald erklärte zu dem Vorwurf, daß man den Prozeß angestrengt und dadurch katholische kirchliche Autoritäten und die Enzyklika vor ein Gericht gebracht habe: Die durch Quertreiberblätter verschuldete verwirrte Situation konnte auf keinem anderen Wege, als durch den Prozeß, endgültig geklärt werden. Eine vollständige Verdrehung der Tatsachen ist es, daß christliche Gewerkschaftsführer sich durch ein weltliches Gericht hätten bescheinigen lassen, daß sie sich einer päpstlichen Enzyklika nicht unterworfen hätten. Ob Unterwerfung oder Nichtunterwerfung unter die Enzyklika, das hatte mit dem Beweisthema des Prozesses nichts zu tun. Der Redner wandte sich gegen die von gewisser Seite erfolgte tendenziöse Berichterstattung über den Verlauf des Prozesses und erklärte, er hätte es ablehnen müssen, solche Stellen aus dem Prozeßbericht zu berichtigen, die kirchliche Autoritäten verletzt hätten. Die christlichen Gewerkschaften seien keine kirchlichen Organisationen. Wenn er die Stellen berichtige, die katholische kirchliche Autoritäten verletzen, so hätten die evangelischen Mitglieder auch verlangen können, die Stellen zu berichtigen, die von Seiten der Sozialdemokratie dazu hätten dienen sollen, neuendes Mißtrauen in die evangelischen Volksteile hineinzubringen. Die Integralen bezeichnet Stegerwald als Hilfiche Gesellschaft, die durch Fanatismus zu ersetzen suche, was ihnen an Geschick und ruhiger Ueberlegung abgeht. Die christlichen Gewerkschaften sind keine kirchlichen Organisationen, sondern genau so wirtschaftliche Organisationen wie alle anderen Interessengruppen. Sie sind für ihr Aufgabegebiet ebenso selbständig, wie die Arbeitervereine ihre Aufgaben selbständig erledigen.

In den Auslassungen des Kölner Erzbischofs mit Bezug auf die Gewerkschaftsfrage erklärte Stegerwald, Ich nehme hierzu keine Stellung, obwohl ich die Zusammenhänge genau kenne und obwohl eine Auslassung nicht zu Ungunsten der christlichen Gewerkschaften ausfallen würde. In absehbarer Zeit wird sich wohl der Erzbischof selbst zu diesem Vorgang äußern oder die katholischen Arbeitervereine damit beauftragen. Ich äußerte mich zu diesen Vorgängen nicht, weil in den letzten Jahren infolge des Gewerkschaftsstreites zu Unrecht auf den christlichen Gewerkschaften das Odium lastete, sie seien kirchliche Organisationen. Im übrigen würden sich für die Folgezeit die christlichen Gewerkschaften auf den Streit im katholischen Lager nicht mehr einlassen.

Die deutsche Industrie und der Patentgesetzentwurf.

N Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) In einer zahlreich besuchten Versammlung im Architektenhause, der Vertreter des Reichsamts des Innern, des Handelsministeriums, des Patentamts, des deutschen Handelstages und Reichstagsabgeordnete beiwohnten, nahmen heute die Mitglieder der industriellen Kreise Deutschlands zu dem neuen Patentgesetzentwurf Stellung. Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, der Verein zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik, der Bund der Industriellen und der Zentralverband deutscher Industrieller hatten gemeinsam die Tagung einberufen. Es gilt, wie der Vorsitzende Geh. Rat Dr. König in seiner Begrüßungsansprache ausführte, die Wünsche und Interessen der gesamten deutschen Industrie in dem neuen Gesetz zur Geltung zu bringen.

Der erste Redner, Generaldirektor der Ludwig Loewe-Aktien-Gesellschaft, Justizrat Dr. Waldschmidt, legte seinen allgemeinen Ausführungen über Erfinderrecht den Leitsatz zu Grunde: „Der Uebergang vom bisherigen öffentlich-rechtlichen Patentrecht (Anspruch des Anmelders auf das Patent) zu einem privatrechtlichen Urheberrecht (Anspruch des Erfinders auf das Patent) wird als unnötig, grundsätzlich verfehlt und für die deutsche Volkswirtschaft gefährlich abgelehnt." Dann sprach Kommerzienrat Goldschmidt (Offen) über Angestellten-Erfindung. Seine Darlegungen bauten sich auf folgenden Sätzen auf: „Die Bestimmungen des Gesetzentwurfs, welche ein Recht der Angestellten auf besondere Vergütungen für erfinderische Leistungen schaffen, sind ungerechtfertigt und undurchführbar; sie müssen Interessengegensätze und Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Angestellten einerseits und andererseits zwischen Angestellten untereinander mit Notwendigkeit hervorrufen und die bisherige gedeihliche Arbeitsgemeinschaft in den gewerblichen Betrieben gefährden. Keinesfalls gehört die Behandlung einer solchen Sonderfrage des Dienstvertrages in ein Patentgesetz. Die bestehende Vertragsfreiheit muß unter allen Umständen uneingeschränkt erhalten bleiben." Landtagsabgeordneter Clauß zu Zmerhof (Plauen) sprach über Erfinderehre und stellte folgende Leitsätze auf: „Der Namensnennung des Erfinders in den Veröffentlichungen des Patentamts stehen ebenfalls die in den Leitsätzen 1 und 2 angeführten Bedenken entgegen. Die Namensnennung im Interesse der Angestellten

Erfinder erscheint jedoch durchführbar, sofern nur das Recht, genannt zu werden, nicht aber ein Recht auf Nichtnennung anderer gewährt wird. Die Anerkennung eines „Erfinderrechts" darf hieraus nicht gefolgert werden."

Ferner berichtete der Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen, Professor Bernthsen (Ludwigshafen) über „Verfassung des Patentamts". Er führte aus: „Es ist zu begrüßen, daß der Gesetzentwurf an dem bewährten Vorprüfungsverfahren festhält. Für die Patentsucher sind jedoch hier selbständige Instanzen zu verlangen. Kein Richter der einen Instanz darf in einer weiteren als Richter mitwirken." Konsul Dr. Guggenheimer (Augsburg), Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, schlug in seinem Referat über Präklusivfrist folgenden Leitsatz vor: „Die Beibehaltung der Präklusivfrist erscheint im Interesse der Rechtssicherheit geboten; doch muß ihrem Mißbrauch wirksam vorgebeugt werden." Schließlich sprach Dipl.-Ing. Vogelsang (Frankfurt) über die Bedeutung des Patentanspruches und begründete seine Leitsätze: „Die durch die neuere Rechtsprechung herbeigeführte Rechtsunsicherheit infolge der Auslegung des Patentanspruchs und der Bemessung des Schutzumfanges nach dem Stande der Technik zur Zeit der Patenterteilung müßte durch ein neues Patentgesetz beseitigt werden. Für Inhalt und Umfang des Schutzrechtes sollte der Patentanspruch unter angemessener Berücksichtigung der Patentbeschreibung und der Patenterteilungsakten, sowie der Aequivalentsverhältnisse maßgebend sein."

Sämtliche Vorträge und Resolutionen wurden unter Beifall der Versammlung angenommen.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 16. Jan. (Priv.-Tel.)

Die Zweite Kammer führte heute die allgemeine Finanzdebatte weiter. Zunächst sprach der Abg. Schofer (Zentr.), der eingangs seiner Rede gegen die Volkspartei und die Sozialdemokratie polemisierte. Der Großblock habe schwere Hiebe erhalten. Die Eisenbahner wollten sich nicht länger vor den demokratischen Kulturkampfwagen spannen lassen. Die Sozialdemokratie greife die religiösen Grundlagen an, da wäre es Pflichtvergessenheit, wenn die Geistlichkeit nicht eingriffe. (Sehr gut! beim Zentrum.) Das badische Volk hatte es satt, daß die seit 1905 getriebene Politik weiter fortgeführt werden sollte. In der Zweiten Kammer kann das Zentrum der Wahlkreisgemeinde wegen keine Mehrheit erhalten. Eine Zentrumsherrschaft ist nicht möglich. Die Zulassung von Klöstern ist aus Gerechtigkeitsgründen zu fordern. Der Redner kritisiert dann in längeren Ausführungen die Bundesratsverordnung zum Jesuitengesetz und dieses selbst. Pater Cohaus wollte jedenfalls nur sagen: Wenn mir von Staatswegen etwas zugemutet wird, was gegen mein Gewissen verstößt, so folge ich meinem Gewissen. (Sehr gut! im Zentrum.) Was Cohaus in Pforzheim ausführen wollte, wurde er in Straßburg sagen.

Unterrichtsminister Böhm: Ich verfahre nach dem Grundsatz, der Kirche dort, wo ich es für meine Pflicht halte, entgegenzukommen, dabei aber die Staatsautorität vollkommen zu wahren. Das hat mir von links und von rechts Vorwürfe eingetragen. Es sind mir aus den letzten fünf Jahren sieben Fälle bekannt, in denen

Uebertretungen des Jesuitengesetzes

vorkamen. Besonders scharf wurde aber wie vorgegangen. Es war mir gleich unbeholfen, als der bayerische Antrag wegen des Jesuitengesetzes gestellt wurde. Der Minister legt dann dar, inwiefern die Interpretation des Bundesrats für Baden eine Verschlechterung in der Jesuitengesetzfrage bedeute. Der Jesuitenpater Cohaus hat in Freiburg gesagt, er könne nicht sagen „Auf Wiedersehen!", sondern nur „Auf Wiedersehen im ewigen Vaterlande!" und hat vielleicht schon das Billett nach Pforzheim in der Tasche gehabt. Schon vor dem Verbot des Pforzheimer Vortrages war im „Stälzer Boten" zu lesen, man solle es einmal probieren, ob man gegen die Jesuiten vorginge, wenn sie religiös tätig seien. Zuzugeben ist, daß die bundesrätliche Auslegung die Vollzugsorgane in Schwierigkeiten bringt. (Zuruf vom Zentrum: Warum haben Sie ihr zugestimmt?) Der Minister führt dann fort: Wenn ich es heute noch einmal zu tun hätte, würde ich auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen. Am Karfreitag letzten Jahres ist mir mitgeteilt worden, in Mannheim halten fünf Jesuitenpater Mission ab. Die Sache wurde sehr vorsichtig untersucht. Der Geistliche, der in Frage kam, teilte zunächst mit, es seien keine Jesuiten. Er habe keine Veranlassung, Namen zu nennen. Damit konnte ich mich nicht begnügen. Am Ostersonntag, als die Mission zu Ende war, kam die Auskunft, daß tatsächlich fünf Jesuitenpater in Mannheim eine Mission abgehalten hatten. Der Pfarrer teilte dazu mit, früher hätten ähnliche Missionen in Mannheim schon stattgefunden und der Reichskanzler habe gesagt, es trete keine Verschärfung ein. Also daraus, daß der Reichskanzler diese Erklärung erließ, daß der Geistliche ohne weiteres gefolgert, daß das, was bisher im Geheimen und verbotenerweise geschah, ohne weiteres auch weiterhin erlaubt sei. Die Verhandlungen mit der Kurie über die Klosterfrage werden mit Wohlwollen geführt werden. Auf dem Gebiete des Volks- und Mittelschulwesens muß noch viel geschehen. Es ist erfreulich, daß die Lehrer von Begeisterung erfüllt sind, Neues zu schaffen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrern und Unterrichtsministerium hat sich wesentlich gebessert. Ich bin außerordentlich erstaunt gewesen, daß von den Konservativen ein Antrag auf Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat gestellt worden ist. Seit ich Minister bin, sind für Kunst und Wissenschaft über 6 Millionen Mark gestiftet worden. Hoffentlich werden auch künftighin Stiftungen gemacht. Daß die Stände zu den Hochschulbauten beitragen, ist zu begrüßen. Der Minister geht dann auf die Angelegenheit der Nichtbetätigung der Kongregationsschwestern als Handarbeitslehrerinnen ein. Es verträgt sich mit dem Charakter der Simultanschule nicht, daß Ordensschwestern Unterricht erteilen. Das Eindringen von Orden in unsere Simultanschule wäre ein Unheil. An dem simultanen Charakter der Volksschule darf nicht gerüttelt werden. (Lebhafte Zustimmung auf der Linken.) Der Minister beschäftigt sich dann weiter mit dem Schulwesen und führt einen Fall auf, in dem aus Versehen angenommen wurde, der Jesuitenpater Cohaus habe in einem Ort gepredigt.

Abg. Dr. Frank (Soz.) kennzeichnet an der Hand von Zitaten aus klerikalen Flugblättern die Demagogie des Zentrums. Nicht bloß aus Gründen der Toleranz, sondern auch wegen des Ansehens der Staatshoheit muß das Jesuitengesetz, das nur Unheil anrichtet, aufgehoben werden. Abg. Frank weist auf die zwiespältige Haltung des Zentrums in der Prozeßfrage hin. Es scheint, daß auf diesem Landtag die Konservativen den Versuch machen, selbständig aufzutreten. Sie haben sich rechtsstehende Vereinigung genannt, wie man hört, weil ein paar Mitglieder weiter links stehen. (Große Heiterkeit.) Ich freue mich aber über den Antrag der Konservativen auf Uebernahme der Schullasten auf den Staat. Ich bedaure, daß der Abgeordnete Rebmann sich gegen die Heranziehung der direkten Steuern durch das Reich gewendet hat. Die Großblockfrage ist längst aus der Theorie hinausgewachsen. Die Regierung ist zwar Gegnerin der Idee, die Linksparteien aber werden das tun, was sie im Interesse des Landes für nötig halten. Die Tatsache, daß die Zusammenarbeit der Linken Erfolge hatte, ist nicht aus der Welt zu schaffen. Wir haben das letzte Mal das

Budget abgelehnt,

weil uns die kontisbürgerliche Gleichberechtigung abgesprochen wurde. Was der Herr Staatsminister von einem Vorwurf gesprochen hat, ist kränkend für uns. Wenn wir aus Rücksicht auf den Parteitagsbeschluß von Magdeburg das Budget abgelehnt hätten, so würden wir uns nicht gescheut haben, das einzugestehen. Sache der Regierung wäre es, uns keinen sogenannten Vorwurf zu geben. Niemand bedauert mehr als die Sozialdemokratie, daß sie bei nationalen Festen abseits stehen muß. Die Sozialdemokratie hat Napoleon nicht verherrlicht. Sie sucht die historische Wahrheit. Nach einer eingehenden Würdigung der Bedeutung des Jahres 1813 schließt Frank: Wenn einmal das Sehnen der Helden aus der Zeit vor hundert Jahren voll erfüllt sein wird, wenn die militärische Gewalt sich keine Uebergriffe mehr erlauben darf, dann werden viele von ihrem Groll ablassen.

Staatsminister v. Dusch: Der Abgeordnete Frank hat aus meinen vorgestrigen Ausführungen gegen den Abgeordneten Rebmann Schutz gezogen, ich schließe mich den streng konservativen

Ausführungen des Grafen York von Wartenburg

an. Ich habe aber nur gesagt, man könne auch, ohne konservativ zu sein, in den Reden des Reichskanzlers und des Grafen York politische Einsicht finden. Es war lediglich meine Absicht, Angriffe auf nicht im Hause Anwesende zurückzuweisen. Politische Tendenz kann meinen Bemerkungen nur künstlich untergeschoben werden. Auf einen Zwischenruf des Abgeordneten Frank sagt der Minister: Ich verwahre mich dagegen, daß mir die ganze Rede des Grafen York von Wartenburg imputiert und daß gesagt wird, ich hätte mich mit ihr identifiziert. Der Abgeordnete Frank hat zugeben müssen, daß ich meine Haltung zum Großblock nicht geändert habe. Ich erkenne an, daß eine Reihe von Gesetzen mit der Sozialdemokratie gemacht worden ist. In anderen Fällen hat sie aber verlangt. Die Regierung wird nach wie vor mit allen Parteien, die das wünschen, arbeiten. Sie muß es aber ablehnen, eine Partei auszuschalten.

Minister des Innern Frhr. v. Bodman: Ich freue mich, sagen zu dürfen, daß Dr. Frank gegenüber den Ereignissen vor hundert Jahren warme Töne gefunden hat, die zu der Hoffnung berechtigen, daß die Kluft doch nicht so weit ist, wie es manchmal den Anschein hat. In den sozialdemokratischen Zeitungen hat man aber diese warmen Töne nicht, oder doch nur ganz vereinzelt gefunden. Wenn die Sozialdemokratie das Bestreben hat, gerecht zu urteilen, dann wird sie manches anders ansehen und die Kluft wird sich noch weiter ausfüllen. Darüber würde sich niemand mehr freuen als ich. Ich hege den dringenden Wunsch, daß wir ein einiges Volk geworden werden.

Finanzminister Dr. Rheinboldt sprach über die Wirkung der Heranziehung direkter Steuern für das Reich und gibt dann die bereits gemeldeten Erklärungen über eine angebliche neue Heeresvorlage und über die Verlängerung der Frist für die Abgabe der Wehrbeitragserklärungen für Baden ab.

Das Haus vertagt sich dann auf heute Nachmittag ½4 Uhr: Fortsetzung der Debatte.

In der Nachmittagssitzung verbreitete sich der Abg. Dietrich (nl.) über die Elektrizitätsversorgung des Landes, tritt für den Arbeitsnachweisgesetzentwurf ein, polemisiert sodann gegen die Sozialdemokratie und bespricht die Politik der Konservativen. Der vom Minister Böhm geschilderte Vorgang der Jesuitenmission in Mannheim erfüllt uns mit Sorgen. Wir möchten wissen, um was es sich bei den Verhandlungen bei der Klosterfrage dreht. Die Rechte hat ihre Ziele nicht erreicht, weil die Linke zusammengehalten hat. Abg. Hummel (Fortschr. Vp.): Ich kann mir nicht vorstellen, wie es möglich sein soll, für weitere Reichsausgaben Deckung zu finden, ohne daß Besitz und Einkommen tangiert werden. Ich fürchte, daß die direkten Steuern für das Reich bald herangezogen werden müssen. Sehr hoch ist bei uns der Personalaufwand. Man hat mit der Einführung moderner Geschäftsmethoden in der Staatsverwaltung zu lange gezögert. Das Aktenwesen muß eingeschränkt werden. Eine rentable Ausnützung der Arbeitskraft der Staatsbeamten in unseren Staatsorganisationen findet noch nicht in vollem Umfange statt. Das liegt nicht an den Beamten, sondern am System. Die Volksschule muß hauptsächlich gründliche Kenntnisse vermitteln nach dem Grundsatz: Non multa, sed multum. Die Hochschulen müssen auf der Höhe des wissenschaftlichen Rufes erhalten bleiben. Der Redner bespricht dann eine Reihe von Fragen aus der Eisenbahnverwaltung. Ich verweise auf den Vorschlag der „Frankfurter Zeitung", die Inhaber von Eisenbahnobligationen auf irgend eine Weise am Gewinn der Bahn zu interessieren, ohne daß ich den an jener Stelle gegebenen Anregungen in allem beipflichten möchte. Die Rechte versteht sich trefflich auf die Technik der Demagogie. Die katholische Kirche wird in der Ausübung ihrer religiösen Tätigkeit nicht behindert, da sollte man nicht immer von Verfolgung sprechen. Die Aufgehaltung des Jesuitengesetzes, das die religiöse Tätigkeit der Jesuiten verbietet, mußte das katholische Empfinden allerdings empören. Duldsamkeit kennt das Zentrum nicht. Der

Großblock

ist die einzige Taktik, um eine klerikal-konservative Mehrheit zu verhüten. Wenn der Regierung eine klerikal-konservative Mehrheit besser gefällt, so muß sie dem Ausdruck geben; wenn sie ihr aber nicht gefällt, mag sie uns einen anderen Weg als den des Großblocks zeigen, auf dem eine rechte Majorität verhindert werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn der Wahlkampf ruhigere Formen annähme. Leider hebt die sogenannte gebildete Schicht in politischen Dingen auf einem unsittlichen Standpunkt. Ein wesentliches Mittel zur Besserung dieser Verhältnisse wäre der Proporz, für den wir nachhaltig eintreten.

Abg. Fischer (ntl.) bekennt sich als Vater des vielbesprochenen Antrages über die Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat und spricht in ausgedehnten Ausführungen über den Schulhausneubau seiner Gemeinde. Dann wandte er sich der Frage der Landflucht zu. Die Landmädchen gehen in die Stadt, um einen Beamten zu angeln. Die jungen Bauern haben Not, Frauen zu bekommen. Abg. Schofer (Zentr.) führt in einer persönlichen Bemerkung aus, Pater Cohaus habe an dem Abend, an dem er von Freiburg abgereist ist, tatsächlich gemeint, er habe nicht mehr in Deutschland sprechen können.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abgg. Kolb (Soz.), Banschbach (Kons.), Venedey (Fortschr. Vp.), Schofer (Ztr.), und Dietrich (nl.) wird die allgemeine Finanzdebatte geschlossen.

Nächste Sitzung Montag Nachmittag 4 Uhr. Finanzgesetz, Petitionen.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

N Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses trat heute Vormittag in die Beratung des

Landwirtschaftsetats

ein. Bei dem Einnahmetitel „Pferderennen usw." wird die Frage der Konzessionierung der Buchmacher zur Sprache gebracht. Der Landwirtschaftsminister erklärt, daß die Erwägungen über den Erlaß eines solchen Gesetzes noch nicht abgeschlossen sind. Falls ein Gesetz zustande kommen sollte, sei Vorsorge dafür getroffen, daß die Einnahmen der Totalisateure nicht verkürzt würden. Die Frage sei schwierig. In Oesterreich habe man mit der Konzessionierung des Buchmachergewerbes Erfolge erzielt und die heimliche Buchmacherei zurückgedrängt.

Bei dem Titel „Ministergehalt" entspann sich zunächst im Anschluß an die Frage der niedrigen Datierung des Etats eine große wirtschaftspolitische Debatte. Der Berichterstatter bemerkte, daß die Lage der Landwirtschaft keineswegs glänzend sei. Sie sei schwieriger als in anderen Jahren und es sei daher eine höhere Datierung des Landwirtschaftsetats erwünscht, um die Viehzucht qualitativ zu heben und auch besonders bei den kleinen Besitzern durch Belehrung eine Verbesserung des Getreidebaues zu erreichen. Ein fortschrittlicher Redner wies an der Hand eines reichen Zahlenmaterials darauf hin, daß die Entwicklung der Viehzucht in Preußen und Deutschland nicht nur in quantitativer, sondern vor allem in quantitativer Hinsicht außerordentlich viel zu wünschen übrig lasse. Die Ergebnisse der letzten Viehzählung vom 1912 haben einen Rückgang der Rindviehzucht in Preußen um 152 000 Stück ergeben, im Reiche sogar um ungefähr 500 000. Demgegenüber sei in der Wirtschaftsperiode von 1897/1907 der Rindviehbestand in Preußen um 1½ Millionen Stück gestiegen. Es sei zweifellos anzunehmen, daß die Aenderung der Wirtschaftspolitik im Jahre 1906 diese Verschlechterung zu Augusten der Viehzucht verschuldet habe. Ueber diese Dinge hätte natürlich der Reichstag zu beraten. Aber der Minister habe die Pflicht, nach jeder Richtung hin alles zu tun, um auch durch Maßnahmen in Preußen die Viehzucht qualitativ und quantitativ zu heben. Nur in vier preußischen Provinzen sei eine Steigerung der Viehzucht eingetreten, während acht andere Provinzen zum Teil einen wesentlich geringeren Viehbestand aufzuweisen haben, als dies 1907 der Fall war. Ein konservativer Abgeordneter erkannte an, daß, wenn hier nicht gründlich Wandel geschaffen würde, die ganze „Heimatpolitik" gefährdet erscheine. Der Landwirtschaftsminister entwortete, daß der Großgrundbesitz für die Verbesserung der Qualität des Viehes von Bedeutung sei, und ebenso der Großbetrieb für die Schweinezucht. Ein nationalliberaler Redner unterstützte die Ausführungen über die Notwendigkeit der Erhöhung von Qualität und Quantität des Viehes. Die sinkenden Preise seien nicht so wichtig, da gleichzeitig ein Steigen der Konjunktur in der Industrie zu bemerken sei. Der Rückgang der Schweinezucht sei aber auf die Wirtschaftspolitik nicht zurückzuführen, vielmehr auf die Jahre der Dürre und auf die Wühlmäuse. Dieser Ansicht traten auch Redner der rechtsstehenden Parteien bei, wogegen ein fortschrittlicher Abgeordneter durch Zahlen die Behauptung unterstützte, daß der Rückgang der Viehzucht in Preußen bereits 1908 eingesetzt und 1909 und 1910 angehalten habe, daß dagegen in den Jahren der Dürre und der Seuche 1911 und 1912 sogar eine Zunahme des Rindviehbestandes zu verzeichnen war. Es bleibe daher nur die Annahme übrig, daß die Viehzucht zu Ungunsten des Körnerbaues zurückgedrängt wurde. Es zeige sich die auffallende Tatsache, daß in demselben Jahre 1908, als die Viehzucht stagnierte, Deutschland zum ersten Mal auf Grund des Einfuhrscheinsystems sich zu einem Nettoexportlande von Roggen entwickelt habe. Ein konservativer Redner bemerkte, daß die Einführung der Einfuhrscheine seinerzeit von dem fortschrittlichen Abgeordneten Rickert bekämpft worden sei, und daß dieses System auch im Interesse des Handels im Osten läge. Der fortschrittliche Redner erwiderte, daß er keineswegs die Abschaffung, wohl aber eine Abänderung des Systems der Einfuhrscheine befürwortete. Rickert hätte das jetzige System, infolgedessen Kaufahr die Einfuhr überhaupt, niemals gut geheißen. Auch der Finanzminister v. Miquel habe es seinerzeit für eine ganz Kaufahrprämie erklärt, wenn man es dahin bringe, daß nicht aus- als eingeführt wird. Die Debatte wandte sich dann der Fleischnot und der Fleischenquete zu. Der Berichterstatter Fritzen gab die Mitteilung des Berliner Magistrats, wonach die Einfuhr russischen Fleisches eine dauernde Besserung nicht herbeigeführt habe. Der Landwirtschaftsminister erklärte, daß diese Einfuhr am 1. April 1914 ohnehin aufhören würde. Die Fleischenquete im Reiche habe praktische Resultate kaum gezeigt. Aber immerhin seien die Gruppen einander näher gekommen und manche Uebertreibungen seien richtiggestellt worden. Wenn wieder einmal eine solche Teuerung wie 1912 eintreten sollte, dann würde der Minister trotzdem wieder solche Maßnahmen, wie die Einfuhr russischen Fleisches, in Vorschlag bringen, da hierdurch wenigstens eine vorübergehende Erleichterung geschaffen würde.

In der Nachmittagssitzung teilte der Landwirtschaftsminister mit, daß die Maul- und Klauenseuche zur Zeit anscheinend stagniere, daß dies jedoch für Westpreußen noch nicht gelte. Die Tötung der Viehbestände nach dem neuen Viehseuchengesetz in einzelnen Fällen habe sich offenbar bewährt; sie könne allerdings nur erfolgen, wenn die Seuche lokalisiert sei und müßte unter Umständen auch bei wichtigen Zuchttümmern und aus anderen Gründen unterbleiben. Als Entschädigung sind für diese Viehtötungen bisher 1 Million Mark bezahlt worden, davon eine 600 000 Mk. von der Staatsregierung. Ein Regierungskommissar führte aus, daß mit dem Löfflerschen Serum noch andauernd Versuche angestellt werden, die im allgemeinen günstig verlaufen; einer weiteren Anwendung des Serums steht der hohe Preis im Wege. Dann wurde eine eingehende Debatte über die Bekämpfung der Rindertuberkulose, Schweinepest und Schweineseuche geführt. Nationalliberale und konservative Redner bemerkten, daß verschiedentlich infolge von Drahtbrüchen bei Ueberlandleitungen Vieh getötet wurde. Da verschiedene Versicherungsanstalten Schwierigkeiten machen, diese Schäden als Flurschäden zu entschädigen, so wurde der Minister gebeten, dem seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Vertreter aller Parteien wiesen auf die Notwendigkeit der Bekämpfung der Viehseuchen hin, und es wurde verlangt, daß überall eine angemessene Entschädigung, womöglich auch der Nebenschäden, gezahlt werden möge. Auf eine Frage des Berichterstatters erklärte der Minister, daß die Regierung grundsätzlich bereit sei, das vom Reichstag geforderte Gesetz über den Handel mit Futtermitteln und Düngekraftmitteln einzubringen, daß aber die Verhandlungen darüber noch schwebten und der Zeitpunkt der Einbringung sich noch nicht absehen lasse. Der Minister äußerte sich über die Möglichkeit, daß der Zuzug der Saisonarbeiter aus Oesterreich und Rußland Minderung erfahren könnte. Er wies darauf hin, daß das in Oesterreich geplante Gesetz über die Auswanderung allerdings nachteilig wirken könne. Von Deutschland aus sei man jedoch mit der österreichischen Regierung in Verbindung getreten, sodaß die hiesigen Wünsche Berücksichtigung finden werden. Was Rußland anbelange, so bestehe dort ein Ueberschuß an menschlicher Arbeitskraft; ebenso habe man dort im Interesse der Ernährung keine Veranlassung, die Auswanderung zu beschränken. Im übrigen wäre Rußland, solange der Handelsvertrag besteht, verpflichtet, den Saisonarbeitern 10½ Monatspässe zu geben. Wenn man unter diesen Umständen damit rechnen könne, daß der Zuzug von Oesterreich und Rußland für die Folge ausbleibe, so läge ein dringendes Interesse vor, die Rückwanderung deutscher Arbeiter zu fördern. Die Erfahrungen, die man mit den Rückwanderern gemacht habe, seien im großen und ganzen günstig, wenn sie auch zunächst durchaus der Beaufsichtigung und der Anleitung nicht entbehren könnten. Aus diesem Grunde hat der Minister den deutschen Rückwandererverein bereits wesentlich unterstützt und wird es auch fernerhin tun. Wegen einer Ermäßigung der Eisenbahnfahrpreise für die Rückwandererfamilien habe er mit dem Eisenbahnminister verhandelt. Dieser habe aber der Ermäßigung ablehnend gegenüber, weil der Unterschied gering sei. Ein Regierungskommissar erklärte, daß die Förderung der Geflügelzucht nicht so sehr durch die Ausstellungen erfolge; es gebe zu viele Ausstellungen. Deshalb würden die staatlichen Unterstützungen lieber an Geflügelzüchter und Zuchtstationen gegeben. Das Fischereigesetz sei bereits fertig ausgearbeitet gewesen; aber das Wassergesetz habe eine Aenderung nötig gemacht. Er hoffe jedoch den Gesetzentwurf in einem Monat vorlegen zu können. Auf Anfrage erklärte der Minister, daß hinsichtlich des Anbaues von Weinen auf amerikanischer Unterlage noch keine abschließenden Erfahrungen gemacht seien. Im allgemeinen seien die Versuche nicht ungünstig ausgefallen. Ein definitives Urteil könne aber erst nach einer Reihe von Jahren erfolgen. Auf Anfrage erklärte ein Kommissar des Finanzministeriums, daß die Besoldungsnovelle voraussichtlich Ende d. M. dem Landtag zugehen werde.

*

N Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Die 15. Kommission des Reichstages zur Beratung der Regelung des Submissions- und Lieferungswesens setzte die Beratung bei dem Abschnitt Zuschlagserteilung fort (§ 37 und folgende). Nach eingehender Debatte wurde beschlossen: „Die niedrigste Geldforderung als solche darf für die Entscheidung über den Zuschlag keineswegs den Ausschlag geben. Der Zuschlag darf nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares, die rechtzeitige und rechtzeitige Ausführung der betreffenden Leistung oder Lieferung gewährleistendes Gebot erteilt werden." Weiter wurde beschlossen, von der Berücksichtigung bei Erteilung des Zuschlags Angebote solcher Bewerber auszuschließen, die nicht die nötige Gewähr bieten, ihre Betriebspflichten aus der Angestellten- und Arbeiterversicherung nicht nachkommen oder die unter den angemessenen Preisen bleiben. Als angemessen soll der Preis gelten, bei dem auf die einschließlich der Geschäftsunkosten berechneten Selbstkosten der handels- und gewerbsüblichen Rabatte aufgeschlagen ist. Welche Angebote unter den angemessenen Preisen stehen, soll unter Hinzuziehung selbständiger Handwerker, Industrieller oder Kaufleute des betreffenden Sonderfachs festgestellt werden. Hierauf vertagte sich die Kommission.

Parlamentarisches.

N Berlin, 16. Jan. (Priv.-Tel.) Der Tag, an welchem die Interpellationen über die Zabernerangelegenheit im Reichstage verhandelt werden, steht noch nicht fest. Man nimmt jetzt an, daß das Dienstag oder Mittwoch nächster Woche geschieht.

Der freikonservative Abgeordnete Dr. Varenhorst hat folgenden Antrag im Abgeordnetenhause eingebracht: Die Staatsregierung zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen, ob im Interesse der Rechtspflege und des Ansehens, insbesondere mit Rücksicht auf seine Ueberfüllung, die Einführung beschränkender Maßregeln für die Zulassung der Rechtsanwälte oder anderweite gesetzliche Maßnahmen geboten erscheinen und bejahendenfalls im Bundesrat für solche einzutreten.

Deutsches Reich.

Die Uebergriffe in Zabern.

Auch Oberlandesgerichtspräsident a. D. Hamm kommt in einer Betrachtung, die er in der „Deutschen Juristenzeitung" über die Vorgänge in Zabern anstellt, trotz Entgegenkommens gegen den militärischen Standpunkt zu dem Ergebnis, daß es sich um gesetzwidrige Uebergriffe des Militärs gehandelt hat. Er hält zwar die Aufforderung an die Menge, die Straßen zu räumen und die gewaltsame Durchsetzung der Räumung für zulässig, aber nur soweit es sich um ein Einschreiten der Wachen handelt, wobei er dieses Recht aus der Pflicht zur Stillung von Tumulten ableitet — um solche hat es sich übrigens an dem Hauptabend gar nicht gehandelt —; aber die Festnahme mußte sich auch nach seiner Meinung auf diejenigen beschränken, die Beschimpfungen ausstießen oder sonst Unfug verübten und nicht auf Personen ausgedehnt werden, gegen die nichts vorlag. Eine schwere Ueberschreitung der gesetzlichen Befugnisse sieht er in dem Festhalten der festgenommenen Personen, da nach § 128 der Strafprozeßordnung solche Personen von denjenigen, die sie vorläufig festgenommen haben, unverzüglich, sofern sie nicht wieder in Freiheit gesetzt werden, dem Amtsrichter des Bezirks vorzuführen sind. Diese gesetzliche Vorschrift ist durch kgl. Order vom 29. Januar 1881 den militärischen Wachen besonders eingeschärft worden:

Den Vorwurf, daß der Militärbefehlshaber die Personen bis zum anderen Morgen im Keller der Kaserne festhielt, war objektiv jedenfalls eine schwere Ueberschreitung seiner gesetzlichen Befugnisse. Daß diese gesetzwidrigen Uebergriffe nicht nur in der Bevölkerung von Zabern und Elsaß-Lothringen, sondern auch in warm patriotischen altdeutschen Kreisen schwere Mißstimmung hervorriefen, war ebenso klar, wie daß der in diesem Augenblick zusammentretende Reichstag sofort die Reichsregierung darüber interpellierte.

Die rheinische Provinzialverwaltung.

sch. Düsseldorf, 15. Jan. Dem am 8. Februar zusammentretenden Rheinischen Provinzial-Landtage wird im Anschluß an den Haushaltungsplan, der die Summe von 41,1 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe aufweist, gleichzeitig eine Uebersicht über den Vermögensbestand des Provinzialverbandes vorgelegt. Nach dem letzten Abschluß — 1. April 1913 — beträgt das Gesamtvermögen einschließlich des Vermögens der Nebenverwaltungen (Landesbank, Provinzial-Feuerversicherungsanstalt und Meliorationsfonds) 103,3 Millionen Mark; diesem Vermögen steht allerdings eine Schuldenlast von 45,3 Millionen gegenüber. — Der Provinzialtag wird sich u. a. auch mit Anträgen der „Großen Ausstellung Düsseldorf 1915" und der „Werkbund-Ausstellung Köln 1914" befassen. Beide Ausstellungen haben einen Zuschuß von je 100 000 Mark aus Provinzialmitteln beantragt, da beide Unternehmungen weit über den Rahmen lokaler Ausstellungen hinaus für die ganze Provinz von der größten Bedeutung seien. Die Leitung der Düsseldorfer Ausstellung weist noch besonders darauf hin, daß auch für die letzte Ausstellung 1902 von der Provinz 100 000 Mark gezahlt worden seien, die aber nach Schluß der Ausstellung aus den hohen Ueberschüssen zurückgegeben wurden. Da gleichzeitig die Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz eine Beihilfe von 40 000 Mark für ihre Beteiligung an der Düsseldorfer Ausstellung beantragt hat, wird der Landtag wohl eine Verbindung der beiden Anträge in einem gemeinsamen Zuschusse, entsprechend einem Vorschlage des Provinzial-Ausschusses, durchführen. Ferner sind in dem Haushaltsplan 200 000 Mark zur Melioration von Mooren eingestellt, die besonders für die Oedlandsflächen der Eifel und zum Teil des linken Niederrheins verwandt werden sollen. Man hat diesen hohen Betrag mit gutem Gewissen in Ansatz bringen können, da vom preußischen Staat für denselben Zweck erhebliche Mittel bereitgestellt werden, unter der Bedingung, daß die Provinz Beihilfen in gleicher Höhe gewährt.

Der Viehstand in Hessen und Württemberg.

Im Großherzogtum Hessen wurden am 1. Dezember 1913 gezählt 324 488 Stück Rindvieh, 409 372 Schweine, 55 838 Schafe und 142 008 Ziegen. Sämtliche Viehgattungen haben seit dem 2. Dezember 1912 bedeutend zugenommen und zwar: das Rindvieh um 20 346 Stück = 6,7 Prozent, die Schweine um 72 291 = 21,4 Prozent, die Schafe um 5714 = 11,9 Prozent und die Ziegen um 8975 = 6,7 Prozent. Auch in Württemberg wurde eine allgemeine Zunahme des Viehbestandes festgestellt. Gezählt wurden: 1 123 987 Stück Rindvieh (55 375 Stück = 5,2 Prozent mehr als am 2. Dezember 1912), 583 450 Schweine (mehr 101 229 = 21,0 Prozent), 228 021 Schafe (mehr 13 940 = 6,5 Prozent) und 119 700 Ziegen (mehr 7358 = 6,7 Prozent).

m Liegnitz, 15. Jan. Die Handelskammer erklärte sich einstimmig gegen die Erhöhung bestehender und gegen die Einführung neuer Gemüsezölle.

Schweiz.

Groß-St. Gallen. — Rückgang des Weinbaus.

△ St. Gallen, 8. Jan. Für die Verschmelzung der Stadt St. Gallen mit den beiden Nachbargemeinden Tablat und Straubenzell ist der Erlaß eines kantonalen Gesetzes erforderlich, das über die Organisation des neuen, größeren Gemeinwesens die näheren Bestimmungen festsetzen soll. Für dieses Gesetz hat nun der Gemeinderat der Stadt St. Gallen eine Reihe von Postulaten aufgestellt, welche als Begleitung und Willensausdruck der an der Stadtvereinigung zumeist interessierten Bevölkerung dem Gesetz zugrunde gelegt werden sollen. Unter diesen Postulaten ist, wie ich schon meldete, die proporzionale Wahl des Großen Stadtrates zu nennen, welcher die gesetzgebende Körperschaft von Groß-St. Gallen bilden wird. Nach anfänglichem Widerstand erklärte sich auch die freisinnige Mehrheitspartei mit dieser von den Demokraten und Sozialdemokraten vertretenen Proporzforderung einverstanden, während die katholisch-konservative Partei auch den Proporz für die Schulratswahlen verlangte. Sie berief sich dabei auf den Umstand, daß nach der Stadtvereinigung die konfessionell getrennten Schulen in der Gemeinde Tablat aufgehoben und auch dort das bürgerliche Prinzip im Schulwesen zum Durchbruch gelangen werde. Infolgedessen müßten die konservativen Katholiken gesetzliche Garantien dafür verlangen, daß sie in den Schulbehörden von Groß-St. Gallen eine ihrer Stärke im Volk entsprechende Vertretung und eine unabhängige Stellung, ferner auch Einfluß auf die Lehrerwahlen erhielten. Dieser Forderung soll nun nach den Zusicherungen der freisinnigen Mehrheitspartei zunächst auf dem Wege des freiwilligen Proporzes Rechnung getragen werden. Die Einführung des Schulratsproporzes wird dagegen auf einen spätern Zeitpunkt verschoben. Die katholisch-konservative Partei vertrat auch den Standpunkt, daß in Groß-St. Gallen das Schulwesen selbständig und unabhängig von der übrigen Verwaltung organisiert und durch einen besonderen Schulratspräsidenten geleitet werden sollte. Die drei Linksparteien wollen dagegen die Schule in letzter Instanz dem Großen und Kleinen Stadtrat unterstellen, sodaß die Schulbehörden nur mitzuraten und zu kontrollieren hätten. Für die Steuerpflichtigen der Stadt St. Gallen wird die Stadtverschmelzung eine Mehrbelastung von 25 Prozent des bisherigen Steuerbetrages im Gefolge haben. Um die aus diesem Grunde entstandene Unzufriedenheit unter den Bürgern zu beschwichtigen, soll für Groß-St. Gallen ein beschränktes obligatorisches Referendum für die Festsetzung des Steuerfußes in Vorschlag gebracht werden. Auch hat das Volk den erstmalig in St. Gallen zur Anwendung kommenden Steuerfuß selbst zu bestimmen. In maßgebenden Kreisen besteht die Hoffnung, die Stadtverschmelzung auf Mitte des Jahres 1915 zustandezubringen. — Der Weinbau des Kantons St. Gallen, bis vor zwei Jahrzehnten eine wichtige Erwerbsquelle der Landwirtschaft, geht stetig und unaufhaltsam zurück. Während vor 15 Jahren noch 553 Hektare Weinland bestanden, deren Wert auf sechs Millionen Fr. geschätzt wurde, sind es heute nur noch 268 Hektare im Wert von 2 229 980 Fr. Es ist weniger die in den st. gallischen Weinbergen bisher nur vereinzelt aufgetretene Reblaus oder eine andere Rebenkrankheit, welche diesen starken Rückgang des Rebenareals verursachte, als die schweren Mißjahre, welche den Weinbauer in eine verzweifelte Stimmung versetzten. Das Jahr 1913 war das schlechteste seit Menschengedenken. In der Vermehrung der Gemüsekultur sucht man nun Ersatz für den verlorenen Verdienst aus dem Rebenbau.

Luftschiffahrt.

B Ber

Drahtmeldungen.

Nachdruck telegraphischer oder telephonischer Berichte ist nur mit deutlicher Quellenangabe („Frankf. Ztg." gestattet.)

Wolff's telegraphisches Correspondenz-Bureau.

Berlin, 16. Jan. In dem Krupp-Zwischenfall in der holländischen Zweiten Kammer erfährt das Wolffsche Bureau zuverlässig, daß die nach Essen entsandten holländischen Offiziere für ihre Wohnung und Aufenthalt stets einen festen Satz zahlten, und die in der Kammer gefallenen Worte von Zulagen und anderen Vorteilen, grundlos Verdächtigungen sind, die die Bewunderung des Kriegsministers sehr erklärlich erscheinen lassen.

München, 16. Jan. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer nahm in seiner heutigen Sitzung einstimmig den Antrag der Staatsregierung an, 600 000 Mark zur Beschaffung von Radium oder Mesothorium zu Zwecken der Krebsheilung in den Kliniken der drei Landesuniversitäten zu bewilligen.

Paris, 16. Jan. Der frühere Unterhandlungssekretär der Handelsmarine de Mougie erklärt in einer Note gegenüber dem heute vom „Figaro" in der Angelegenheit der Südatlantischen Schiffahrtsgesellschaft gegen Caillaux gerichteten Angriff, daß er keinerlei Kritik an den von der jetzigen Regierung einen gefaßten Beschlüssen übe, denen es handle sich darum, die Aufrechterhaltung der französischen Schiffahrtsverbindungen mit Amerika zu sichern, da deren Einstellung ein wirkliches Unglück für den Handel und den Einfluß Frankreichs bedeuten würde.

Paris, 16. Jan. Die Durchsuchung der Wohnung des Angreifers Scherif Rafiadi hat zur Beschlagnahme einer Anzahl von Dokumenten geführt. Als der Angreifer die Wohnung mietete, wies er einen Paß vor, der den Namen Djeaad Ali Bei, Student, 22 Jahre alt, trug. Dieser Paß konnte nicht aufgefunden werden.

Lille, 16. Jan. Wie die „Semaine Religieuse" meldet, verhängte der Bischof von Lille über den Abbé Lemire die Suspensio a mercio. Die Strafe wird aufgehoben, sobald der Abbé zu seinen priesterlichen Pflichten zurückkehrt.

Bradford, 16. Jan. Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky war heute Abend Ehrengast der hiesigen Handelskammer, die ihm zu Ehren ein Bankett gab. In Erwiderung auf die Ansprache des Präsidenten der Handelskammer sagte der Fürst: Je mehr er die englische Handelswelt kennen lerne, desto mehr werde er überzeugt, daß es keine stärkeren Anhänger guter und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nachbarländern gäbe, als sie. Der enorme Wert des englisch-deutschen Handels bilde ein wertvolles Bindeglied zwischen beiden Ländern, und die fortschreitende Entwicklung beider Nationen mache die Fortdauer ungestörter freundlicher Beziehung notwendig. Das Wachstum der deutschen Industrie und des Handels sei kein Hindernis für freundliche Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die deutsche Industrie habe keine solche Konkurrenz und Eifersucht erregt, daß die Beziehungen unter der Handelsrivalität leiden müßten. Am Schluß sprach der Botschafter die Hoffnung aus, daß die nahe Zukunft den Telephondienst zwischen England und Deutschland sehen würde.

---

e **Cuxhaven,** 16. Jan. Das im Kaufhause der Gebrüder Kaufmann ausgebrochene Schadenfeuer ist abends auf seinen Herd beschränkt worden, doch brannte das Gebäude bis auf die Umfassungsmauern nieder. Da von den Warenbeständen nichts gerettet wurde, ist der Schaden beträchtlich. Auch das Hintergebäude fiel dem Feuer zum Opfer.

Ein London, 16. Jan., 8 N. Der Kapitän und die Offiziere des Dampfers „Culturne" wurden in der vom Handelsamte angeordneten Untersuchung von jeder Schuld am Brande und Untergange des Dampfers freigesprochen.

*

s **Stuttgart,** 16. Jan., 11.40 N. Im Hoftheater fand die Oper „Ferdinand und Luise" (nach Schillers „Kabale und Liebe") von August Kappeis, Musik von Julius Zaiczek, bei der Uraufführung freigebenden Beifall. Der Komponist wurde mehrmals gerufen.

Der Untergang des englischen Unterseebootes.

Plymouth, 16. Jan. (W. B.) Das gesunkene Unterseeboot „A 7" liegt 17 Faden unter Wasser. Die Bemühungen es zu heben, waren bis 7 Uhr abends erfolglos. Infolge der langen Zeit, die das Unterseeboot unter Wasser ist, besteht nur noch sehr geringe Hoffnung, die Besatzung lebend zu bergen.

Plymouth, 16. Jan. (W. B.) Bis abends 8 Uhr waren die Bemühungen, das Unterseeboot zu heben, erfolglos. Obwohl erklärt wird, daß die Besatzungen der Unterseeboote dieses Typs zwölf Stunden unter Wasser leben können, haben amtliche Kreise alle Hoffnung aufgegeben.

Plymouth, 16. Jan. (W. B.) Um 9 Uhr abends wurden die Rettungsarbeiten eingestellt; sie werden erst morgen früh wieder aufgenommen werden. Als Taucher zuerst hinabgestiegen waren, klopften sie an den Rumpf des Unterseebootes und empfingen Antwort von der Besatzung. Als sie aber um 8 Uhr zum zweiten Mal hinabstiegen, erhielten sie auf ihre Zeichen keine Antwort. Man glaubt, daß die Ursache des Unglücks auf ein Versagen der Pumpen, die die Wasserbehälter hätten leeren sollen, zurückzuführen ist.

Gerichtszeitung.

N **Berlin,** 16. Jan. In dem Prozeß gegen den früheren Leutnant Schramm und den Opernsänger und Direktor Garrison, der damit endete, daß Garrison wegen Verleitung zum Meineide zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt wurde, war u. a. als Zeugin die Kontoristin Hedwig Kunze aufgeboten. Heute fand nun gegen die Kunze vor dem Schwurgerichte Termin statt. Sie war angeschuldigt wegen eines wissentlichen Meineides. Sie hatte in der Zeit auf Betreiben eines Detektivs ein Geständnis abgelegt, daß sie zu Gunsten Schramms einen wissentlichen Meineid geschworen habe. Die heutige Verhandlung führte nun zu einer Verneinung der Schuldfrage durch die Geschworenen. Die Kunze wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt selbst hat die Freisprechung beantragt. In seinem Plaidoyer erklärte dieser, daß die Kunze nur der Verführung abgelegt hätte, weil sie in die Hände eines Detektivs geraten sei. Dieses Verhalten des Detektivs müsse gebrandmarkt werden; es sei als ein öffentlicher Kriegsschaden, als höchst gemeingefährlich zu bezeichnen. Die Geschworenen überreichen den Verteidiger 150 Mk. als Ergebnis einer Sammlung, die unter ihnen für die Angeklagte veranstaltet worden war.

r **Bonn,** 16. Jan. (Priv.-Tel.) Wegen des Unglücks der Rheinuferbahn am 1. Oktober v. J. in Bonn, bei dem ein Reisender getötet und 29 verletzt wurden, hatten sich heute der Führer, der Zugführer und der Schaffner des verunglückten Zuges sowie ein Weichenwärter vor der Strafkammer in Bonn zu verantworten. Alle vier wurden freigesprochen, der Führer, weil man ihm seine Behauptung, er sei kurz vor der Einfahrt in die enge Kurve ermüdeten nicht widerlegen konnte, und die drei anderen, weil sie aus dem Pfeifensignal, das der Führer noch gegeben hatte, glaubten konnten, daß alles in Ordnung gewesen sei.

= **Leipzig,** 16. Jan. Im Spionageprozeß vor dem Reichsgericht gegen den Kaufmann Richter wurde der Angeklagte wegen vollendeten Verbrechens im Sinne des Paragraphen 3 des Spionagegesetzes zu zwei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß es als erwiesen gilt, daß der Angeklagte seit längerer Zeit mit einem russischen Nachrichtenbureau in Verbindung trat und für seine Dienste Bezahlung erhielt. Ferner ist festgestellt, daß der Angeklagte in Königsberg von Bekannten drei geheimzuhaltende militärische Schriftstücke erwarb in der Absicht, sie an das russische Nachrichtenbureau auszuliefern.

Vermischtes.

⊙ **Osnabrück,** 15. Jan. In der Vollversammlung der Handelskammer wurde bekanntgegeben, daß es nach einer Mitteilung der Kanalbaudirektion wahrscheinlich sei, daß die Kanalstrecke Bevergern—Minden im August dieses Jahres dem Betrieb übergeben werde, ebenso der Betrieb auf dem Osnabrücker Zweigkanal.

o **Herne,** 16. Jan. In der Kolonie der Bergarbeiterschaft Friedrich der Große wurde die Ehefrau des Bergmannes Schittowski plötzlich vom Wahnsinn befallen. Die Frau sprang auf, ergriff ihr sieben Wochen altes Kind und schmetterte es so lange mit dem Kopf gegen die Wand, bis es tot war. Der drei Jahre alten Tochter der Eheleute hatte dasselbe Schicksal droht, wenn nicht im letzten Augenblick der Vater hinzugekommen wäre und ihr der Frau entrissen hätte.

△ **Baden-Baden,** 15. Jan. Der Bürgerausschuß beschloß die Errichtung eines neuen Krankenhauses, das an den Hängen des Hardberges in der Weststadt erstellt werden und Raum für etwa 170 Betten bieten soll. Die Kosten für den Bau und die innere Einrichtung sind auf 1 500 000 Mark veranschlagt. Genehmigt wurden ferner 150 000 Mark für die Erbauung der Kaiserstraße auf dem Hardberg, sowie 250 000 Mark für Geländeerwerbungen und die baulichen Erschließung des Hardberges, ferner 450 000 Mark für ein neues Volksschulhaus mit Volksbad im Stadtteil Lichtental. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die in der nächsten Zeit zu lösenden Aufgaben, wobei er mitteilte, daß für das Jahr 1914 eine keine Umlageerhöhung nicht zu vermeiden sein werde.

* **Paris,** 14. Jan. Eine neue Frostwelle hat sich über ganz Frankreich verbreitet und wiederum meldet man besonders aus dem Süden außergewöhnliche Kältegrade. Selbst Marseille hat einen Schneesturm mit Frost ertragen müssen, was dem Mittelmeerhafen ein ganz eigenartiges Aussehen gab. Seit Dezennien sind in Südfrankreich nicht so viele anhaltende Frostperioden vorgekommen und man muß darauf gefaßt sein, daß in diesem Jahre die Frühkulturen, sowohl Obst, Gemüse als Blumen größtenteils eingehen werden, so daß Mangel an diesen viel begehrten Produkten eintreten muß.

Frankfurter Angelegenheiten.

= **Frankfurt,** 17. Januar.

Das Taylor-System.

Vor ungefähr zehn Monaten ist im Verlag von Oldenbourg in München eine deutsche Uebersetzung des von dem amerikanischen Ingenieur F. W. Taylor verfaßten Buches über „die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung" erschienen, das großes Aufsehen erregt hat. Der Uebersetzer der deutschen Ausgabe, Dr. Rudolf Roesler aus Bukarest, entwickelte am Mittwoch Abend auf Einladung der Elektrotechnischen Gesellschaft im großen Hörsaal des Physikalischen Vereins vor zahlreichen Zuhörern die Grundsätze des Taylorschen Systems an der Hand von Beispielen. Er besprach einen Abschnitt aus der Reorganisation eines Textil-Unternehmens, zeigte, wie ein Mangel in der Struktur der Organisation durch die Einführung der wissenschaftlichen Betriebsführung im Laufe von einer Woche behoben werden konnte, erklärte das Zerlegen der einzelnen Arbeitsvorgänge in ihre Elemente, die Auswahl der für diese Arbeit besonders geeigneten Personen, die Neuverteilung der Arbeit und die Verantwortung zwischen Leitung und ausführenden Organen. Durch die „wissenschaftliche Betriebsführung" verdoppelte sich die Produktion, während die Selbstkosten um mehr als 30 Proz. abnahmen und der Verdienst der Arbeiter gleichfalls um rund 30 Proz. wuchs.

Der Vortragende führte weiter aus dem vor einem Monat erschienenen Rapport des Generalstabsoffiziers der amerikanischen Armee an, daß nach Einführung des Taylor-Systems in den Arsenalen trotz einer Mehrausgabe von 22 600 Doll. für Prämien an die Arbeiter der Geldbedarf um 75 000 Doll. im letzten Jahre kleiner war, obwohl die Produktion sich verdoppelt hatte. In dem Arsenal in Frankford betrug die Ersparnis gegenüber den bisher bezahlten Preisen für Munition durch Einführung des Taylor-Systems 1½ Millionen Dollars pro Jahr. Der Vortragende zeigte ferner die Resultate des Taylor-Systems im Haushalt, in Hospitälern und in der amerikanischen Kriegsmarine, wo es nicht nur zur Ersparung von Kohlen, sondern auch zu besseren Schießleistungen geführt haben soll. Ohne den guten Willen der Arbeiter ist es allerdings, wie Dr. Roesler selbst ausführte, nicht möglich, das Taylorsystem einzuführen; auch erklärte er es für durchaus richtig, daß es in den Händen ungeeigneter Personen schädlich wirken könne, er glaube aber, daß es bei verständiger Durchführung große volkswirtschaftliche Vorteile bringen werde. Zum Studium und zur Einführung des Taylorsystems empfahl der Vortragende, im Anschluß an eine bestehende Gesellschaft, vielleicht den Verein Deutscher Ingenieure, eine Kommission zu bilden.

Oberingenieur Habersaat führte als erster Diskussionsredner aus, daß bei rascher Einführung des Taylorsystems allerdings die Arbeitslosigkeit vermehrt würde, bei einer allmählichen Einführung aber würde sich ein Ausgleich ergeben wie bei allen technischen Fortschritten in der Produktion. Der eigentliche Kern des Systems sei nicht lediglich in der Intensivierung der Arbeit zu suchen, die den Menschen kaput machen würde, sondern in der Rationalisierung der Arbeit. Als Gegner des Systems bezweifelte Ingenieur Dr. Sachs, daß dadurch eine soziale Förderung herbeigeführt werden könnte. Direktor Köster dagegen brachte der Frage Sympathie entgegen. Bis jetzt hätten in Deutschland sechs oder sieben Firmen das Taylorsystem eingeführt, und die intelligenten Arbeiter hätten dagegen nichts einzuwenden. Die gelegentlich getretenen Differenzen seien nicht wegen der Ermittlung der höchsten Arbeitsleistung in der geringsten Arbeitszeit entstanden, sondern wegen der Höhe des Zuschlags zu den Löhnen aus der erhöhten Arbeitsleistung. Daß Ärgernis neben dem Unternehmer und Arbeiter auch die Allgemeinheit Nutzen vom Taylorsystem habe, dafür sorge schon die Konkurrenz. Die Hauptfrage sei, was mit den älteren Arbeitern geschehen solle, die beim Taylorsystem nicht mehr mitkommen können. Da müsse man berücksichtigen, daß die älteren Arbeiter meist nicht mehr für Kinder zu sorgen haben; auch Kanten Altersprämien eingeführt werden, die mit den anderen sozialen Lasten als Unkosten — nicht als Lähne — gebucht werden müßten.

Von den weiteren Diskussionsrednern vertraten einige ziemlich schroff den Unternehmerstandpunkt und polemisierten gegen die „Frankfurter Zeitung". Demgegenüber stellte der Vorsitzende fest, daß der von den Rednern angegriffene Artikel der „Frankfurter Zeitung" nicht von der Redaktion geschrieben gewesen sei, sondern von einem entschiedenen Gegner des Taylorsystems, als die „Frankfurter Zeitung" den Befürwortern und Gegnern des Systems ihre Spalten geöffnet hatte.

Nachdem bereits Oberingenieur Gendemann bereits hingewiesen hatte, daß die Ideen des Taylorsystems schon vorher bekannt waren, meinte Bürgermeister Dr. Luppe, es sei zweifellos ein Stück Ueberhebung dabei, von einem ganz neuen System zu sprechen. Möge auch die Steigerung der Intensität der menschlichen Arbeit nicht der Zweck des Taylorsystems sein, so werde es doch die Folge davon sein. Die Schwachen aber, die dann von der Industrie ausgeschaltet werden, fallen der Armenpflege zur Last und den sozialen Einrichtungen, von denen die Arbeitgeber nicht viel wissen wollen. Demgegenüber meinte Direktor Köster, die ganze Kulturwelt sei Taylor für sein System zu Dank verpflichtet.

In seinem Schlußwort führte Dr. Roesler aus, seiner Ansicht nach bestehe noch nirgends in Deutschland das Taylorsystem. Wenn gesagt werde, daß Taylors System schon vor ihm bekannt gewesen sei, so sei das nicht richtig. Die Einzelheiten seien allerdings nicht neu, wohl aber ihre Zusammenfassung zu einem einheitlichen Ganzen.

= **Adolf Varrentrapp.** Der frühere zweite Bürgermeister von Frankfurt, Geh. Regierungsrat Dr. Adolf Varrentrapp, feiert heute in voller Rüstigkeit seinen siebzigsten Geburtstag. Fünfunddreißig Jahre hatte Dr. Varrentrapp dem Dienste seiner Vaterstadt gewidmet, bis er Ende 1906 von seinem Amt als zweiter Bürgermeister zurücktrat. Geheimrat Varrentrapp entstammt einer alten Frankfurter Patrizierfamilie. Sein Vater war der bekannte Arzt und Hygieniker Dr. Joh. Georg Varrentrapp, der Frankfurt zu einer Quellwasserleitung und Kanalisation verhalf.

= **Schumann-Theater.** Von den elf Nummern des neuen Programms sind nicht weniger als neun mit der Bezeichnung „zum ersten Male hier" versehen. Man wird daraus freilich nicht den Schluß ziehen dürfen, daß die betreffenden Leistungen hier auch zum ersten Male gesehen werden, doch kann man mit dem Gebotenen im allgemeinen recht zufrieden sein, denn immer neue Nummern sind in den an sich bekannten Darbietungen zu finden. Die Geschwister Gallik und Jenny bieten neue, schwierige Strikungen auf ihren hohen, drehbaren Riesenstäben ausfindig gemacht, der Grotesk-Komiker Hans Wilhelm und derselbe sich, die tanzende Römerin mit dem wohltönenden Namen Lucie Materano weiß ihren taffigen Körper in raffinierten Bewegungen zu ver- und enthüllen, das Duppel-Handschattenkünstlerpaar Bradley erregt das lauteste und herzlichste Vergnügen aller großen Kinder durch seine spaßhaften Schattenbilder, an den Akrobatenstückchen der drei Urbani ist das exakte Arbeiten zu loben, einen Lacherfolg für sich beobachtet das Auftreten der Revue- und Pimple-Soubrette in mörderischer Schicht (mit Pappkanonen), und die Gelehrigkeit der Jakobs-Hunde erregt Erstaunen und macht Vergnügen. Die Drahtseilkünstler Lesch in Chinesischen tasten weiter auf sich also auch über die Programm-Wende ebenso gut hindurchbalancieren wie über ihre schwanken Seile. In den Geschwistern Halek lernt man noch temperamentvolle Tänzerinnen von ungarischem Feuer kennen. Ausgezeichnet sind die Vorführungen des Diabolospielers Brennan, der eine bewundernde Sicherheit und Eleganz in diesem Spiel zeigt. Die Japanertruppe Fatami endlich demonstriert die an den Artisten aus dem fernen Osten oft gerühmten Eigenschaften phänomenaler Beherrschung ihrer Gliedmaßen und eine unnachahmliche, wie selbstverständlich anmutende Leichtigkeit ihrer oft halsbrecherischen Vorführungen.

= **Ein Droschkenprozeß.** Das Kammergericht beschäftigte sich dieser Tage mit der Klage gegen einen Frankfurter Droschkenkutscher. Den Anlaß bot eine angebliche Uebertretung wegen Ueberschreitung des Droschkentarifs. Als im vorigen Winter im Zoologischen Garten eine Ballfestlichkeit veranstaltet wurde, hatte das Festkomitee mit dem Verein der Droschkenbesitzer vereinbart, daß sich etwa 60 Droschken vor dem Garten einfinden sollten, um die Gäste gegen einen bestimmten Fahrpreis nach Hause zu befördern. Ein Festteilnehmer fuhr zuerst mit seiner Dame zu deren Wohnung und von dort aus nach Hause. Er glaubte, daß er für die ganze Strecke nur den zwischen dem Komitee und Verein vereinbarten Preis zu zahlen habe, während der Kutscher für die zweite Wegstrecke außerdem den tarifmäßigen Satz verlangte. Der Kutscher wurde wegen Unterschreitung des Droschkentarifs angeklagt. Schöffengericht und Strafkammer hatten auf Freisprechung erkannt. Jetzt hat das Kammergericht die Revision mit folgender Begründung zurückgewiesen: Es müsse angenommen werden, daß durch das Uebereinkommen zwischen Verein und dem Komitee 60 Droschken aus dem öffentlichen Verkehr gezogen seien; unter diesen Umständen erscheine die Mehrforderung des Droschkenführers wohl berechtigt.

= **Oeffentlicher Arbeitsnachweis für kaufmännische Angestellte.** Die drei der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände angehörenden Vereine: Kreisverein Frankfurt im Verbande Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Kaufmännischer Verein Frankfurt, Bezirk Frankfurt im Verein für Handlungskommis von 1858 haben an den Magistrat eine Eingabe gegen die Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises für kaufmännische Angestellte gerichtet. In der ausführlichen Eingabe wird darauf hingewiesen, daß ein Bedürfnis für einen öffentlichen kaufmännischen Arbeitsnachweis nicht vorliege und daß die Errichtung eines solchen auch durchaus nicht im Interesse der kaufmännischen Angestellten sei.

= **Vom Tage.** Prinzessin Friedrich Karl von Hessen begab sich zum Besuch des Herzogspaares nach Gotha. — Für Errichtung eines Straßenbahndepots an der Gustavsallee werden 1 232 000 Mk. verlangt; davon entfallen 500 000 Mk. auf Grunderwerb. Diese Magistratsvorlage steht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, Dienstag den 20. Januar. — Dr. med. Rosenbaum, Hanauer Landstraße, teilt uns mit, daß er mit dem im Hessischen Prozeß verurteilten Dr. med. Rosenbaum nicht identisch ist. — Der Armenverein erhielt auf seinen Weihnachtsaufruf bis zum 10. bis 31. Dezember 6200 Mk. an baren Zuwendungen, darunter einen Betrag von 3000 Mk. und einen von 1000 Mk. Im Lauf des Dezember wurden 1830 Personen mit 17 800 Mk. unterstützt. Bei der Traktatsverteilungsanstalt wurde 1250 Personen Arbeit zugewiesen, die Löhne beliefen sich auf 7650 Mk. — Der Allgemeine Deutsche Frauenverein veranstaltet am Mittwoch den 21. Jan. 5 Uhr im Kaiserhof des Kaufmännischen Vereins seinen vierten Diskussionsnachmittag, Frau Dorothea Staubinger (Zürich) wird über „Die Frau als Konsumentin" sprechen. Gäste sind willkommen. — Bernhard Billinger (Freiburg), einer der Teilnehmer bei der deutschen Hilfsexpedition für Schrader-Strong, hält auf Einladung des Stiftungsvereins Mainzer Donnerstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des Kaufmännischen Vereins einen Vortrag über Eis- und Schlittenreisen im nördlichen Spitzbergen. — Im Intimen Theater in der Silvergasse gelangt heute Abend der Schwank „Die unsterbliche Familie" von Emil und Arnold Golz zum ersten Mal zur Aufführung. — In der Filiale des städtischen Krankenhauses entstand Freitag nachmittag durch einen schadhaften Kamin ein kleiner Brand, der bald gelöscht wurde. — Von dem Dach eines Hauses im Nordend stürzte der fünfunddreißigjährige Schornsteinfeger Reisinger auf das Dach eines angrenzenden Hauses und wurde schwer verletzt.

Tagesanzeiger.

Samstag, 17. Januar.

Kaiserlaut: 8½ bis 9 (30 Pf.)

Museen: Bäderneuseum 11 bis 1 (unentg.), 9 bis 11, 2 bis 4 (30 Pfg.); heute 10 bis 3 (30 Pf.); Senckenb. 10 bis 1, 3 bis 5 (unentg.); Städel 10 bis 1, Kupferstiche 11 bis 1, 3 bis 7 (unentg.); Städt. Galerie Liebieghaus, Schöne 1 (unentg.); Schwarzenberg 10 bis 1 (30 Pf.), 2 bis 4 (unentg.); Kunstgew.-Museum 10 bis 1, 2 bis 5 (30 Pf.).

Musikalisches: Musikhist. Mus.-Unterrichtsl. 17, (bis. unentg.).

Vortrag-A.: Bauzeitl. 8, unentg. Kurs.

Sendfreib. Natur.-Gesellsch.: Dr. Zwichlitz: „Reisebilder aus dem Süden", Nm. 4.

Physik. V.: Prof. Schaffleit: „Relativitätstheorie und Zeitmessung", Nm. 7.

Kaufmänn. Fortschritt, Gemeinderetarter: Kaiserhof, Dr. Heilbronn: „D. Grundzüge Fortschritt, Kommunalpolitik", Abn. 7.

Klav.-Abd. Marie Grebenitz: Gutenberg 50, Nm. 7½.

Volksvorlesungen: Gesellschafts-Abd., Nm. 8.

Ortsverband d. kath. Gewerkvereine: Hotel du Nord, Gr. Gallusstr. 17, 8 Uhr: „Die Gefahren d. Taylor-Systems", Abn. 8½.

Vortrag: Aula d. Goethe-Inst., Neue Schäfergr. 24, Dr. R. Bücher (Berlin): „D. Lebensgesetz", Nm. 8½.

Ges. f. Chemie u. Physik: Eisenbahnstr. 32, C. Gickel (Offenbach): „D. Kinematographie", Nm. 8½.

Professionelle d. techn. Büroangestellten: Kaufm. V., Wiesbadenerstr. 17, Nm. 9.

Winterfeste: V. d. Rechtsanwaltsbüroangestellten: Kompeßhof; Eintracht-Ges. u. Bez.-V. Bornheim: Berger-Str. 177.

* * *

Sonntag, 18. Januar:

Führungen f. Erwachsene: Dampfer 30, unentg. Stellenvermittlg. Nm. 9½ bis 11.

Sport.

n **Pariser Schlittschuhrennen.** Am Freitag Nachmittag gegen 4 Uhr gelang es der Mannschaft Engel-Berthet ihre verlorene Runde wieder aufzuholen. In der 90. Stunde waren 4704 Km. zurückgelegt. Die Spitzengruppe, die aus elf Mann bestehe, bilden: Mitt.-Lorenz, Gaillet-Grenda, Charron-Rousseau, Waldhum-Derupter, Fogler-Moran, Poulain-Petit Breton, Lapize-Olivari, Perchirot-Egg, Berri-Crupelandt, Hourlier-Comes und Engel-Berthet.

Drahtmeldungen des Handelsteils.

S **Karlsruhe,** 16. Jan., 10.55 N. Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, wonach der Stadtgemeinde **Mannheim** die Genehmigung erteilt wurde zur Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennwerte von M 15 Millionen, sowie zur Ausgabe der zugehörigen Schuldscheine.

W. **Wien,** 16. Jan., 10.10 N. Der **Wiener Giro- und Kassenverein** verteilt aus K 877 699 (+ K 138 699) Reingewinn 8 pCt. (i. V. 7 pCt.) Dividende. Die Zinsenennahmen waren mit K 2 068 222 um K 289 187 höher als im Vorjahr.

K **New York,** 16. Jan., 5 N. Die **Boston and Maine** Bahn verlängerte die am 3. Februar fälligen Noten in Höhe von Doll. 10 Millionen bis zum 1. Juni.

In der vergangenen Woche kamen 412 **Konkurse** zur Anmeldung gegen 406 in der Vorwoche.

Das Mitglied des Kongresses Stanley, brachte nach einer Konferenz mit dem Präsidenten Wilson einen Zusatzantrag zum **Antitrustgesetz** ein, nach dem jegliche Monopolisierung oder Beschränkung des Handels verboten ist. Der Antrag soll das vom Obersten Bundesgericht im Standard Oil niedergelegte Prinzip der sogenannten Reasonables-Beschränkung eliminieren.

New York, 16. Jan. **Weizen.** Der Markt verkehrte durchweg in schwacher Haltung, wozu in erster Linie der zu erwartende Wochenausweis der Weltverschiffungen und umfangreiche Verschiffungen von Argentinien beitrugen. Die Schlußpreise stellten sich gegen gestern um ⅛ c. niedriger. — **Baumwolle.** Auf umfangreicheren Export und die als ungenügend erachteten Kabelmeldungen sowie Käufe der Wallstreetspekulanten eröffnete der Baumwollmarkt mit Preisbesserungen bis zu 8 Punkten. Es trat dann jedoch ein rapider Preissturz ein, da der Ausweis der sichtbaren Vorräte die Baisse begünstigte, Realisationen vorgenommen wurden und auch Firmen, die Verbindungen zum Auslande unterhalten, Verkäufe tätigten. Bei kaum stetiger Tendenz hatten die Preise Kursverluste von 3 bis 6 Punkte aufzuweisen. Nach dem Bericht des Census-Bureaus wurden bis zum 31. Dezember aus Linters 397 000 Ballen Baumwolle gewonnen, aus Baumwollsamen wurden 3 010 000 t ausgeschaltet. — **Kaffee.** Die Tendenz am Kaffeemarkt charakterisierte sich bei Beginn als fest, da günstige Kabelmeldungen vorlagen und die Kommissionshäuser Käufe vornahmen. Die Eröffnungspreise stellten sich bis 17 Punkte höher. Die vollen Kursgewinne konnten sich jedoch nicht völlig aufrecht erhalten, da gegen Schluß des Marktes zu Realisationen geschritten wurde. Immerhin konnten die Preise von ihren anfänglichen Besserungen noch 9 bis 4 Punkte aufrecht erhalten.

Chicago, 16. Jan. (W. B.) **Weizen.** Am Markt herrschte auf günstigere Berichte von Argentinien und den zu erwartenden Wochenausweis der Weltverschiffungen, der à la baisse lauten dürfte, anfangs eine schwache Stimmung und der Mai- und Juliterminen verloren ⅝ c. Liquidationen und umfangreiche Verschiffungen von Argentinien veranlaßten sogar Abgaben der Kommissionshäuser. Die Preise zogen noch weiter nach als Meldungen über eine Zunahme der Vorräte und der à la baisse lautende Bericht des Modern Miller bekannt wurde. Der Schluß war auf Deckungen stetig. Die Preise hatten jedoch gegen gestern Einbußen von ⅝ bis ¾ c. zu verzeichnen. — **Mais.** Am Markt drückten anfangs günstige Wetterberichte, umfangreiche Berichte von Liverpool und reichlicheres Angebot von Argentinien. Der Maispreis stellte sich bei den ersten Umsätzen ⅜ c. niedriger, zumal auch die Kommissionshäuser Abgaben für diesen Termin machten. Auch späterhin konnte eine festere Tendenz nicht Platz greifen, da die Lokomärkte schwächere Notizen sandten und die Firma Armour Ware an den Markt brachte. Die Schlußpreise stellten sich bei kaum stetiger Tendenz um ⅜ c. niedriger gegen gestern.

New York, 16. Jan. (W. B.) Der Wert der in der vergangenen Woche **eingeführten Waren** betrug Doll. 13 380 000 gegen Doll. 12 070 000 in der Vorwoche; davon für Stoffe Doll. 5 096 000 gegen 3 658 000 in der Vorwoche.

Der Import von **Gold** betrug in der vergangenen Woche Doll. 118 000, von **Silber** Doll. 172 000; der Export von **Gold** Doll. 2 558 000, von Silber Doll. 747 000.

London, 16. Jan. (W. B.) **Wollauktion.** Angeboten waren 12 400 Ballen, zurückgezogen wurden 600. Der Markt verlief fest und lebhaft bei voll behaupteten Preisen. Merinos blieben für heimische und kontinentale Rechnung begehrt. Feinste Greasy Merinos 5 pCt. höher als die letzte Serie.

New York, 16. Jan. (Spätere Meldung.) **Terpentin** in New York 48¾, in Savannah 45½.

Buenos Aires, 16. Jan., 4.5 N. (Schlußkurse.) Weizen ruhig, per Februar 8.45 (zuletzt 8.52), per März 8.60 (8.67). — Mais ruhig, per Mai 4.90 (4.94). — Hafer, per Februar 5.80 (5.80). — Leinsaat willig, per Februar 11.80 (11.96), per Mai 12.30 (12.41).

Einnahmen von Transportanstalten.

Crefelder Eisenbahn-Gesellschaft. Dez. M 79 694 + 3 423, seit 1. April M 865 626 + 61 836.

Telegraphische Dampfernachrichten.

(Nachdruck ohne Quellenangabe nicht gestattet.)

Hamburg-Amerika-Linie. Angekommen am 15. Jan. **President Grant** von New York auf der Elbe, **Westerwald** in Veracruz, am 16. Jan. **Amerika** von New York auf der Elbe. — Abgegangen am 15. Jan. **Pelermark** von Galveston von Malta. **Arabia** von Galveston von Rotterdam über Bremerhaven nach Hamburg, **Cleveland** von New York nach dem Golf, **Prinz Adalbert** von Philadelphia nach Hamburg, **Syria** von Westindien von Havre, **Westphalia** von Galveston von Marseille, **Blücher** von Buenos Aires, **Sevilla** von dem La Plata von St. Vincent, am 16. Jan. **Siegmund** nach Brasilien von Cuxhaven. — Passiert am 15. Jan. **Patagonia** nach Westindien Ponta Delgada, am 16. Jan. **Regia** von Mittelmeer Dover.

Hamburg-Amerika-Linie. Angekommen am 15. Jan. **Lomo** in Sierra Leone, **Valesia** in Lome, am 15. Jan. **Prussia** in Rio Grande do Sul, am 16. Jan. **Arcadia** von der Westküste Amerikas auf der Elbe. **Dania** meldet drahtlos sein Eintreffen am 16. Jan. in Havana. — Abgegangen am 15. Jan. **Eider** von Monrovia, **Togo** von Kotonou, am 16. Jan. **Swakopmund** von Kap Thomas, am 15. Jan. **Steiermark** von Dakar, **Khanania** von Westafrika von Teneriffa, am 16. Jan. **Windhuk** nach Afrika von Vlissingen. — Passiert am 16. Jan. **Bohemia** von New Orleans 400 Meilen von Westfalenfeuer.

Woermann-Linie. Abgegangen am 15. Jan. **Jeanette Wörmann** ausgehend von Las Palmas. — Passiert am 15. Jan. **Luther Bohlen** heimkehrend Dover.

Woermann-Linie. Angekommen am 15. Jan. **Lulu Bohlen** ausgehend in Rotterdam, am 16. Jan. **Irma Wörmann** heimkehrend in Havre. — Abgegangen am 16. Jan. **Kurt Wörmann** ausgehend von Rotterdam.

Ostafrika-Linie. Angekommen am 15. Jan. **Khanania** heimkehrend von Teneriffa, **Kronprinz** heimkehrend von Swakopmund. — Passiert am 16. Jan. **Adolph Wörmann** heimkehrend Gardasee.

Ostafrika-Linie. Angekommen am 16. Jan. **Adolph Wörmann** in Hamburg, **Prinzessin** heimkehrend in Neapel. — Abgegangen am 15. Jan. **General** ausgehend von Lissabon, am 16. Jan. **Windhuk** ausgehend von Vlissingen.

Deutscher Lloyd. Abgegangen am 12. Jan. **Austria** von Madras nach Colombo, am 15. Jan. **Wien** und **Triestе** von Alexandrien nach Triest.

Angekommen am 16. Jan. in Lissabon **Demerara** v. Südamerika.

Aus dem Frankfurter Zivilstands-Register.

Geburten. Januar 7. Bamberger, Josef (Wilhelm), Röderstraße 18. — 12. Baltzer, Gertrud Elisabeth Maria (Elisabeth), Gutleutstr. 6. — 13. Wolfsfeld, Margarete (Julius) Rückerstr. 34. — 14. Bunge, Erich (Bernhard), Bad Nauheim, 71. — Dobelscher, Friedrich Heinrich (Friedrich), Bornheimerstraße 4. — Hoffert, Georg Heinrich (Jacob), Hellerstraße 73.

Meldebeleg. Januar 15. Kapp, Franz, Oberleutnant im Infanterie-Regiment 73, mit Gattin, Barbara, Gattenwang 30. — Gudemann, Friedrich Wilhelm, Theaterstr. 17, mit Gattin, Dorothea Margarete, geb. — Kirbach, Hans, Bankier, Eschenheimerstraße 22 mit Frau, Josefine, Bockenheimerstraße, 31. — Brumbach, Eugen, Kaufmann, Kaiserstr. 6, mit Gattin, Margarete, ledig. — Fenkner, Johann, Kaufmann, Cronstettstr. 18, mit Eltern, Gottlieb, ledig. — Brenz, Georg Alexander Hugo,

Porzellanbär's Inventur-Ausverkauf

bringt Gelegenheit zu außerordentlich vorteilhaften Einkäufen von:

Dekorierten Tafelservicen in deutschem und französischem Porzellan, **Dekorierten Kaffeeservicen, Kristallwaren, Bowlen** in Altmessing, **Blumenkrippen** in Alteisen, **Küchengeräten** und **kompletten Kücheneinrichtungen.**

Bedeutende Preisermäßigungen.

Stiftstraße 8–10.

D61066

Herren-Pelze im Inventur-Ausverkauf

eine Serie **Geh-Pelze** in der Preislage bis 145.— Mk. und höher jetzt zum Ausverkaufspreis von **98** Mk.

eine Serie **Geh-Pelze** in der Preislage bis 300.— Mk. jetzt zum Ausverkaufspreis von **200** Mk.

eine Serie **Geh-Pelze** in der Preislage bis 385.— Mk. jetzt zum Ausverkaufspreis von **300** Mk.

eine Serie **Geh-Pelze** in der Preislage bis 450.— Mk. jetzt zum Ausverkaufspreis von **350** Mk.

Sport-Pelze — Fahr-Pelze
Automobil- und Chauffeur-Pelze
alles bedeutend in Preise ermäßigt!

Bamberger & Hertz

Zeil 112 — neben der Hauptpost.

D 96061

Inventur - Ausverkauf
Emil
Strubberg
Goethepatz 22 I. D96017

ROTHSCHILD
Übernahme kompletter
INNEN-DEKORATION
Schillerstraße 15

D66816

Ich bin bei dem Königlichen Oberlandesgericht Frankfurt a. Main als Rechtsanwalt zugelassen. Mein Bureau ist Zeil 50 gemeinsam mit dem des Herrn Rechtsanwalts Dr. Katz.
Frankfurt a. M., den 16. Januar 1914.
L. Ungeheuer
Rechtsanwalt. D80454

Steinway
& Sons New-York-HAMBURG-London
Flügel
Pianinos
in höchster Vollendung
Niederlage im Piano-Haus
Ed. Nold & Sohn
Stiftstrasse 39
am Eschenheimer Turm
Steinway-Broschüre unver- [illegible] erhalten.

Vorträge
bei Herrn Professor Dr. Meisel-Darmstadt zum Besten eines Erholungsheims bei Bremen
Jugendwohl
in der Aula der Frankfurter Gewerbeschule — abends 8 Uhr —
Montag, den 19. ds. Mts.:
„Was heißt Bewegung im Weltraum?"
Mittwoch, den 21. ds. Mts.:
„Was wissen wir von der Beschaffenheit d. Himmelskörper?"
und **Freitag, den 23. ds. Mts.:**
„Ansichten über Entstehen und Vergehen des Weltalls."
Eintrittskarten für Erwachsene zum Preise von „ℳ 3.—, 2.— und 1.—, Schülerkarten „ℳ —.25 in der Geschäftsstelle des Vereins, Stiftstraße 22, bei der Firma Georg Krebs, Kaiserstraße 18 und dem Schulleiter der Gewerbeschule, Mainzerlandstraße 23. D61006

Kurhaus Wiesbaden.
Faschings-Veranstaltungen 1914.

Samstag, den 24. Januar: I. Maskenball.
Samstag, den 31. Januar: I. Bunter Faschings-Abend.
Samstag, den 7. Februar: II. Maskenball.
Mittwoch, den 11. Februar: II. Bunter Faschings-Abend.
Samstag, den 14. Februar: III. Maskenball.
Samstag, den 21. Februar: IV. Maskenball.
Dienstag, den 24. Februar: Masken-Reunion. D9089

Ein Posten **Straußfedern Paradiesreiher**
30% Rabatt !!
Ia Stangenreiher 30 cm hoch netto 74 Pfg. pro Stück
Alfred Jacobowitz Kaiserstr. 49. D60767

Edisons Kinetophon
(der sprechende Film)

die letzte epochemachende Errungenschaft, die nicht nur den Beifall und die Anerkennung der regierenden Fürstlichkeiten, sondern auch des großen Publikums in Berlin, Wien, Budapest, Hamburg, Köln, Dresden etc. erntete, wird im Laufe der nächsten Wochen in allen größeren Städten Deutschlands vorgeführt. Zuschriften von Interessenten sind zu richten an die D61079

Deutsche Edison - Kinetophon-Gesellschaft m. b. H.,
Berlin SW. 48, Friedrichstrasse 10.

H. Orthenberger-Hertz
II Goetheplatz II — Lift — Laden und Entresol.
Konfektion für Kinder u. junge Damen
Inventur-Ausverkauf.

D96012

Albert Schumanntheater
Abends 8 Uhr
Truppe Futami
Lucia Maiorano
Brennan, Bradley etc.
Sonntag 3½ u. 8 Uhr.
D86037

Bibliotheken kauft ganz, Werk kauft **Ad. Diekmann,** Buchstr. 2. D66091

Ich gestatte mir mitzuteilen, daß ich mich als Rechtsanwalt für deutsche und internationale Rechtssachen in **Paris** niedergelassen habe und die Praxis gemeinschaftlich ausüben werde mit den Herren
André L. Picard,
barrister at law und französischer Advocat, und
Jean Held,
docteur en droit, französischer Advocat,
Dr. Karl Hirschland,
ehem. Rechtsanwalt am Kammergericht.
Unser **Bureau** befindet sich **25 rue Taitbout.**
D60080

Auto-Mäntel
im **Inventur-Ausverkauf**

Beachten Sie folgende enorme Preis-Ermäßigungen

1. Herrenfahrer-Mäntel

seitherige Preise	70	75	80*	90	100	125*	135	180	265*
jetzige Preise	54	56	60*	68	75	95*	105	135	200*

* *mit auswechselbarem Lederfutter*

2. Chauffeur-Mäntel

seitherige Preise	60	65	68	80	85
jetzige Preise	45	50	52	60	65

3. Herrenfahrer-Pelze

seitherige Preise	190	260	425	455
jetzige Preise	145	195	335	360

4. Chauffeur-Pelze

seitherige Preise	125	150	165	190	260	280
jetzige Preise	95	115	125	145	195	210

Sämtliche Stücke tragen ihre Original-Preiszettel. Die jetzigen Ausverkaufs-Preise sind auf der Rückseite mit Blaustift vermerkt.

Besichtigung ohne jede Verbindlichkeit gestattet.

Carsch

Liebfrauenstraße 8—10.

D96087

Palmengarten.
Samstag, den 17. Januar, abends 8 – 12½ Uhr
2. Gesellschaftsabend mit Tanz
unter Leitung des Herrn **Georg Dannhof.**
Mitglieder und Abonnenten frei. Nichtabonnenten ℳ 1.—, für Teilnehmer am Tanz ℳ 1.— extra an den Garderobenkassen.
Bei Zusammenstellung von Souper oder Essen à la carte bei Herrn **Georg Schaad,** Tel. II 2000, werden Tische reserviert. D9062

Eisbahn Palmengarten.
Sonntag, den 18. Januar, vorm. 11–1 u. nachm. 3½–5½ Uhr
Militär - Konzert.
D9101

Frankfurter Theater

Opernhaus

Samstag, den 17. Januar. Abends 7 Uhr. 12. Vorstellung im Samstag-Abonnement.
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Johann Strauß.
Musikal. Leitung: Hr. Reumann.
von Eisenstein Hr. Schumann
Rosalinde Frl. Schulz-Dornburg als Gast
Frank ..... Hr. Hanek
Caroline ..... Frl. Gerstlind
Alfred ..... Hr. Wendt
Dr. Falke ..... „ Brückmann
Dr. Blind ..... „ Gerth
Adele ..... „ Frl. Zwinger
Frosch, Gerichtsb. Hr. Stock
Anf. 7 Uhr. G. u. 9½ U. Gem. Pr.

Sonntag: 4 Uhr „Parsifal." Bei aufgehobenem Abonnem. Erhöhte Preise.
Montag: 8 Uhr Vorstellung für die Freie Volksbühne „Der fliegende Holländer." Anf. 8½.
Dienstag: ½8 Uhr „Manon." Im Abonn. Gem. Preise.

Schauspielhaus

Samstag, den 17. Januar. Außer Abonnement. Nachmittags ½4 Uhr Vorstellung bei ermäß. Preisen.
Der gestiefelte Kater.
Ein Märchenspiel in vier Akten. Dichtung und Musik von Emil Alfred Hermann.
Musikal. Leitung: Hr. Meier.
Weihnachtsmann Hr. Geier
Martin . . . . . Schroff
Peter . . . . . Linke
Hans . . . . . Frasing
Der Kater . . . Frl. Ginzig
Der Esel . . . „ St. Sirian
Der Schafer . „ Hr. Rotte
Der König . . . „ Oberländer
Die Prinzessin . Frl. B. Müller
Der Zauberer . Hr. Barlachen
Ein dressierter Teufel Hr. Buck
Der Holzgerwerker „ Andreien
Der Oberhofkoch Hr. Zürenberg
Zwei Wachen . „ Böhner „ Geber jun.
Alter Bauernrock Fr. Krall
Anf. ½4 U. G. ½6 Uhr. Gem. Pr.

Abends ½8 Uhr
12. Vorstellung im Samstags-Abonnement.
Zum ersten Male:
Schirin und Gertraude.
Ein Scherzspiel in 4 Akten von Ernst Hardt.
Der Graf ..... Hr. Chenet
Gertraude .... Frl. Wulf
Schirin ..... „ Fuchs
Burchard ..... Hr. Tänzberg
Gottfried ..... „ Kallenberger
Jakob ..... „ Reibe
Dorfrin ..... „ Gottschacker
Knecht Lukas ... „ Weber
Hans ..... „ Kratzius
Heinrich ..... „ Burk
Ursula ..... Frl. B. Müller
Anf. ½8 U. G. 9½ U. Gem. Pr.

Sonntag: ¼4 Uhr „Der gestiefelte Kater." Außer Abonn. Gem. Preise. — 7 Uhr „Schirin und Gertraude." Anf. Abonn. Gewöhnl. Preise.
Montag: 8 Uhr „Giselle." Im Abonn. Gem. Preise.
Dienstag: 8 Uhr „Schirin und Gertraude." Im Abonn. Gem. Preise.
Mittwoch: 8 Uhr Zum Vorteile v. Lessings Geburtstag „Nathan der Weise." Im Abonn. Gem. Preise.

Neues Theater

Samstag, 17. Jan., Nachm. 4 Uhr b. g. erm. Preisen. Ende 5½ Uhr
Rotkäppchen
Abds. 8 Uhr Gem. Pr. Abonn. A. Ende 10½ Uhr. Zum 1. Male:
Die heitere Residenz
Lustspiel in 3 Akt. v. Georg Engel.
Herzog ..... Edmund Oehring
Erbprinz Viktor Arthur Grüner
Erbprinzessin Olga Jenny Dallmer
als Gast
Prinzessin Antonie Diana Gruch
Graf v. Rosen Richard Sandt
Fritzchen, Page Hans Schwarz
Agnes Nora Bingert
Eva Grete Gläßner
Natus Wirth Paul Gerritz
Sonntag, abds. 8 Uhr Kurz. Abo. Gem. Pr. „Die heitere Residenz." Montag, Kurz. Abonn. Gem. Preise „Filmzauber."

Lebende Hummern in allen Größen
zu Tagespreisen **von ℳ 2.50 an nur** bei **Hoflieferant Schenck**
nur gr. Bockenheimerstraße 25. Tel. Amt I. 245 und 246. D60076

Perser
Teppiche
Einziges Spezialgeschäft am Platze feinster Perserware, direkter Import aus den Produktionsländern. Billigste Preise.
Abdul Schakur
82 Neue Mainzerstraße 82
Telefon Amt I, 11498.
NB. Eigene Reparatur- u. Reinigungsanstalt durch Eingeborene, auch bei mir nicht gekaufter Teppiche.

Dr. Kern's Yohimbin Tabletten
Flacon à 20 40 100 Tabl. ℳ 1.— 2.— 4.—
(Yohimbin 0,005, Milchzucker 0,20)
hervorragendes Kräftigungsmittel bei Nervenschwäche.
Frankfurt: Rosenapotheke, am Schlosser; **Engel-Apotheke,** Gr. Friedberger Str. 46.
Köln: Apoth. J. gelb. Kopf, Schildergasse.
Dr. Fritz Koch, München XIX/162.

Die größte u. bekend. Ehevermittlung **L. Schlesinger, Berlin W, Elisabethstr. 60,** hat jeder. Anfrage von Damen u. Herrn von 6—300.000 ℳ u. erhält Herr. gd. Gesuche (auch ohne Verm.) tot. passende Vorschläge. D97030

Hebamme I. Kl.
Mme M. Walder
gemf. Hebamme in der Züricher Frauenklinik, 1. Rue Carteret, Genf. Telefon 6430. Bitte Porto. D60144

Leidende Damen
finden bei tüchtiger Kranken-schwester volle Heilung, ärztliche Empfehlung. D63116
Wielandstrasse 20.

Israel. Heirat.
Selbständiger, vermögender Kaufmann, 32 Jahre alt, angen. Aeußere, in Frankfurt wohnhaft, **sucht Lebensgefährtin** aus guter Familie mit ca. 50 Mille Mögl. Off. u. **H14118** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Frankfurt a. M.** D96475

Kaufmann, m., Inhaber einer alten Firma in rhein. Großstadt, „ℳ 8—10.000 Einkommen, 30 Jahre alt, vermögend, von gutem Ruf, hofft die Bekanntschaft einer jungen, bestgebildeten, bringenden und lebensfrohen Dame **zwecks Gründung eines gemütlichen Heims.**
Ernstgemeinte Angebote mit Bild erbeten unter **S W 1739** durch **Haasenstein & Vogler A.-G., Köln.** Diskretion zugesichert. D80085

Fritz Podszus
„Ehevermittlung"
Berlin, Unter den Linden 60a. **New-York,** 885 Westend Ave. D60052

Hebamme
I. Klasse D60332
Frau Margot, Genf,
Rue du Rhône 23
nimmt zu jeder Zeit Pensionärinnen.

Schinken. Gut geräucherte **westfälische Schinken** liefert à Pfd. zu **1.45** ℳ Fenner **Rollschinken** à Pfd. **1.55** ℳ gegen Nachnahme **Jos. Emde, Arbeln a. d. Ruhr,** Königstraße 23. D27211

Kaviar-Allrad., imprt. Ware, Zeir. inkl. 19½, 16½ ℳ
Malossol reichlich 13½ 12½ 11½
Orange, Cual Rotbrsch
10 25 ℳ 2¾ ℳ q Rahm.
J. Jebens, Ottensen, Holstein. D60003

Privatklinik f. ärztl. Entbind., Frauenleiden und Kosmetik, Entbindungen, Säuglingsheim f. Gütezahlg. D63001
Dr. F. Livius,
Torrilat-Mont-Fleuri (am Genfersee).

Hannover.
Tiergartenstr. 8, 9 u. 10.
Int. Pensionat und Höhere Töchterschule
verm. Frau Dr. Leverson u. Frl. Constance Levy,
unter Inhaberin **Klara Meerus** Nachf., gegr. Schulbestehen.
Gegründet 1873. D60001
Aufnahme von Zöglingen zu jeder Zeit. Beste Referenzen von Eltern unserer aus ehemal. Zöglingen.

Frau FOURCADE
Geburtshelfer 1. Klasse
Rue du Mont-Blanc, 9
(nahe dem Bahnhof)
Genf (Schweiz)
— Pensionärinnen. —
Man bittet Drucksachen. D60035

Heirat.
Für die Tochter eines Bermudaner (Graf), 25 Jahre, reiche gebildete Erscheinung, hohe Persönlichkeit, eines Herrn in gesicherter Position. Mitgift 25 Mille nebst schöner Ausstattung. Diskretion gesichert und verlangt. Off. u. **R 35253** an die Exp.

Gebildete Dame
Ende 20, christl. gesch., mit Verm., **sucht Heirat**
mit christ. bilb. Herrn in gesicherter Position. **Oberlehrer, Arzt od. Staatsbeamter bevorzugt.** Nur ernste direkte Angeb. mit Bild unter **F 27162** an die Exped. d. Bl. Strl. Diskretion zugesichert.

Französ. in 3 Monaten
garant. bei Prof. d. Handelsschule in **Brüssel.** Familienleben, la. Ref. in Deutschl. Adr.: **Prof. Janssens, Avenue Rogier 270.** D87

Westgate-on-Sea
(S. Foreland). Zur gediegenen Familien bestimmt. Schule f. m. Cour, welche englisch lernen wollen. Kost. b. Zir. **Blandford, Westgate College.** D60051

Fremde Professoren nehmen nur 4 Pensionäre, um Franz., Engl., Span., Ital., Russ. u. Deutsch zu erlernen. **Der ermäßigte Preis für einen Kursus (Jan., Febr., März) beträgt nur inkl. Pension 100 Mk.** Schloß der Adresse: 20, b. M. **Größtes Uebersetzungsbureau, Kassel,** Mauerstr. 13 u. 15, **Kassel.** D27204a

---

Stotterer erhält Heilung bei vollem Sprechen, natürl. Methode **Prof. Kind, Berkardts Sprachheilanstalt Eisenach,** nach 3 mtl. Aufenthalt bei Kind erfolgt „**Prof. Kind-Berkardt-Schmitt-Verfahren**". Prosp. gr. b. d. leit. Arzt **Dr. med. Th. Hauptner.** D60125

Völkerschlacht-Denkmal-Münz
Triumphtücke
pro Stück **M 4.**
100 St. **M 3.75**
50 „ **M 3.75**
Porto extra
Noh. Ball Nchf.,
Berlin W. 66,
An- u. Verkauf v. Münzen aller Art
D60252

Verantwortlich:
Für den politischen und allgemeinen Teil: i. V.: **Max Gelleßkammer;** für das Feuilleton: **Dr. Heinrich Simon;** i. d. Handelsteil: **Hermann Ebers;** für den Inseratenteil: **Robert Fuchert;** sämtlich in Frankfurt a. M.
Druck u. Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei.
Geschäftsstelle: Schäfergasse 27.